



CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Auswertung und Analyse der Mitgliederumfrage 2010

FINANZPOLITIK IST TOP-THEMA

TU' UM GOTTES WILLEN
ETWAS TAPFERES

Interview mit Gerhard Braun



SERIÖSE FINANZPOLITIK IM
KREIS NUR MIT DER CDU

Holger Müller



© DIDEM HIZAR/ Fotolia.com

Heider  *Druck
Verlag
Medien*

Medienservice von A bis Z.

Paffrather Straße 102–116 · 51465 Bergisch Gladbach
Telefon (0 22 02) 95 40-0 · Telefax (0 22 02) 2 15 31
heider@heider-verlag.de · www.heider-verlag.de

Sicherung der Staatsfinanzen versus Vorsorgende Finanzpolitik

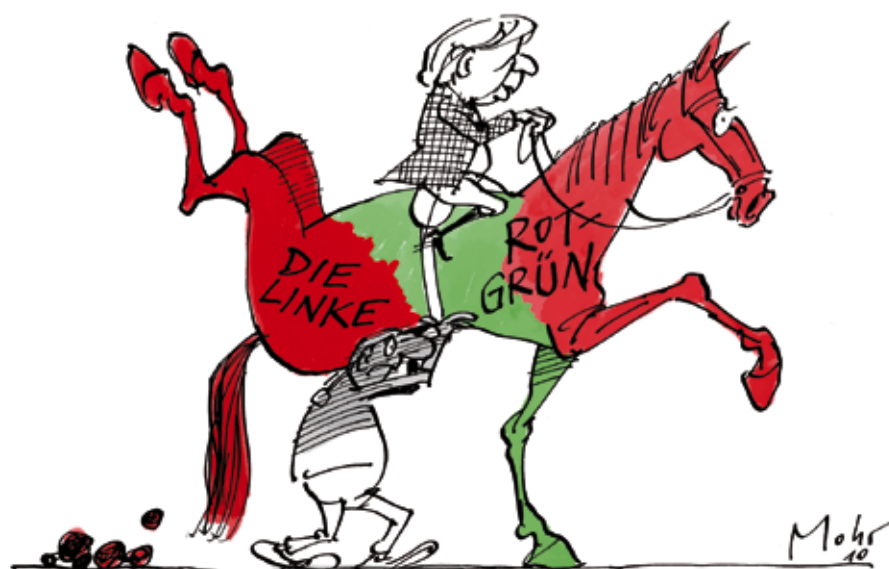
Solide Finanzpolitik ist bei Ihnen, den Mitgliedern der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis, das TOP-Thema. In unserer Mitgliederumfrage, über deren Ergebnisse wir im Einzelnen auf der Seite 8 berichten, haben Sie dem politischen Ziel „Sicherung der Staatsfinanzen“ mit 88,3 % die höchste Zustimmung erteilt.

Welch ein Kontrastbild dazu bietet die SPD! Erstmals in der deutschen Geschichte wurde der NRW-Landesregierung gerade vom Verfassungsgericht des Landes die Ausführung des Haushalts untersagt. Der Griff in die Schuldenkiste war einfach zu ungeniert. In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs und steigender Steuereinnahmen hatten SPD und Grüne mit 8,4 Mrd. EUR die höchste Neuverschuldung aller Zeiten geplant. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört. „Dreister als die Griechen“ titelte eine große Tageszeitung.

Erst Tage nach dem Richterspruch rückte die Landesregierung zunächst unvollständig, dann scheibchenweise und immer verspätet mit der Wahrheit heraus. Statt mit erhöhtem Kreditbedarf und gestiegenen Ausgaben schließt der letzte Haushalt der CDU-geführten Landesregierung mit mehr Einnahmen und weniger Ausgaben als im Dezember 2009 befürchtet ab. Für die neue Regierung bleibt ein Scherbenhaufen aus falschen Zahlen, versuchter Irreführung des Verfassungsgerichts und Täuschung des Parlaments. Welch ein Kontrast zur Politik des „ehrbaren Kaufmanns“ Helmut Linssen.

„Vorsorgende Finanzpolitik“ nennt Ministerpräsidentin Kraft ihre Schuldenpolitik. Dass „die Ausgaben von heute die Einnahmen von morgen sind“, ist maximal eine vage Hoffnung. Absolut sicher ist aber, dass die Schulden von heute morgen in mehrfacher Höhe von unseren Kindern und Enkeln teuer zurückgezahlt werden müssen. NRW ist gemessen an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft deutlich größer als Griechenland und Irland zusammen. Wer auf der Welt hätte im Fall der Fälle die Potenz, uns zu retten? Wären Ihnen die Chinesen oder die Scheichs angenehmer?

Dass die Öffentlichkeit den Grünen im Land, die in jedem Satz das schöne und richtige Wort „Nachhaltigkeit“ unterbringen, diesen schlimmsten Raubbau, nämlich den Menschen die wirtschaftliche Zukunft zu nehmen, immer noch



Regierungsgaul NRW

durchgehen lässt, bleibt für mich eines der größten Rätsel der politischen Kommunikation, ist aber auch Ansporn, diese rücksichtslose „Hier-und-Jetzt-Politik“ zum Schaden unserer Kinder aufzudecken.

Wie wichtig es ist, dass wir die von uns beantragte Schuldenbremse in die Landesverfassung bekommen, haben SPD und Grüne in diesen Wochen wieder einmal allzu deutlich offenbart. Es ist gut zu wissen, dass wir Ihre Zustimmung haben.

Herzlich grüßt Ihr

Rainer Deppe



Rainer Deppe Mdl
ist Kreisvorsitzender
der CDU im
Rheinisch-Bergischen Kreis

KOLUMNE

- Rainer Deppe
**3 Sicherung der Staatsfinanzen
vs. Vorsorgende Finanzpolitik**

NEWS & NAMEN

- 6 Peter Lautz**
ist neuer Vorsitzender der Kreisbauernschaft
- 6 Trudi Delzemich**
war beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten



TITEL

**8 Auswertung der
Beteiligungsoffensive**

Birgit Bischoff analysiert

Kommunikation

8 ist alles

Politische Rückschlüsse von Uwe Pakendorf

THEMA: SCHULE

**14 Gute Bildung für jedes Kind
ist CDU-Politik**

Gastbeitrag von Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg MdL

PARLAMENTE

- 16 Wolfgang Bosbach**
**Die neue Super-Polizei - nicht
billiger, sondern besser!**
- 16 Herbert Reul**
**Energiesparlampen
beleuchtet**
- 16 Rainer Deppe**
**Deutsche Lebensmittel
sind sicher!**
- 17 Holger Müller**
**NRW unter rot-grün noch
Sportland Nummer 1?**

KREISTAG

- 18 Holger Müller**
**Seriöse Finanzpolitik
nur mit der CDU**
- 19 Gerhard Braun**
**Tu' um Gottes Willen etwas
Tapferes!**

UNION NEWS

- 20 Wermelskirchen**
**Große Einigkeit über die Zu-
kunft der Polizeiwache**
- 20 Bergisch Gladbach**
**Holger Müller war Familien-
pfleger für einen Tag**
- 20 Bergisch Gladbach**
**JU spendet 525 Euro für „Kein
Kind ohne Mahlzeit“**
- 21 Bergisch Gladbach**
**Große Zustimmung für Thomas
Hartmann und den Vorstand**
- 21 Leichlingen**
**Karl-Josef Laumann zu Gast
in der Blütenstadt**
- 22 Rösrath**
**Lutz Lienenkämper zu Gast
in Rösrath**
- 22 Burscheid**
**Stadtgespräche sind eine Marke
WoBo gratulierte zum 100.**
- 22 Wermelskirchen**
**JU erradelt 2.500 Euro für die
Aktion Lichtblicke**

RUBRIKEN

- 4 Editorial**
4 Impressum
12 Termine
20 Leserbrief
23 Kreisrätsel und Gewinner

INHALT & EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Kommunikation ist alles - dieses Fazit geht aus der Mitgliederbefragung der Kreis-CDU hervor. Damit begründet sich die Mitgliederbefragung grundsätzlich selbst. Die Mitglieder wurden von uns gefragt und wollen auch von uns gefragt werden. Ohne diese Erkenntnis hätten wir auch zu dem zweiten Schwerpunkterkenntnis aus der Mitgliederbefragung nicht kommen können, denn unsere Mitglieder sehen eine solide Finanz- und Haushaltspolitik als wichtigstes politisches Ziel an.

Dieses eine Beispiel aus der Auswertung der Mitgliederbefragung, die die CDUinform in ihrer letzten Ausgabe gestartet hat, zeigt ganz deutlich, wie wichtig es ist, die Leitlinien einer Partei unter einen kritischen Fokus zu stellen. Nun liefern wir

Die CDU-Mitglieder wollen eine solide Finanz- und Haushaltspolitik!

in dieser Ausgabe die Auswertung und das Beispiel der Finanzpolitik zeigt, dass diese selbsternannte Kernkompetenz auch von der Basis getragen wird. Die Redaktion hofft, dass wir anhand dieser Ausgabe insbesondere auch für die Kommunalpolitik vor Ort einen guten Überblick über das Stimmungsbild unserer Kreispartei gezeichnet haben.

Wir wollen zudem den Weg der ständigen Rückkopplung auch stärker in unser Magazin aufnehmen. In dieser Ausgabe lesen sie den ersten uns zugegangenen Leserbrief. Nutzen Sie dieses Medium, um uns und den Mitgliedern im Kreis Feedback über unsere Berichterstattung zu geben.

Die Frage, was eine solide Haushaltspolitik ausmacht und was nicht (siehe Rot-Grün), zieht sich wie ein Leitfaden durch diese Ausgabe. So kann auch die Kreispartei durchaus mit Stolz auf die finanzpolitischen Leistungen der CDU-Kreistagspolitik blicken, die uns insbesondere durch unseren Landrat Rolf Menzel und Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr einen schuldenfreien Kreis in gleichzeitiger Solidarität zu den Kommunen erbringen wird - vorausgesetzt, dass sich CDU und FDP auch in diesem Jahr bei den Haushaltsberatungen im Kreistag wie gewohnt durchsetzen werden.

Damit steht fest: Die CDU hat Kernkompetenzen, die auch als solche identifizierbar sind. Jetzt heißt es, sich auf diese in Form von praktischer Parteilarbeit vor Ort zu konzentrieren. Nur so lassen sich auch in Zukunft Wahlen gewinnen - mit einer kleinen Einschränkung - man sollte nicht den Bürger in der Gleichung vergessen. Aber auch das wird von der Basis der CDU-Mitglieder gefordert!



Uwe Pakendorf
ist Kreistagsabgeordneter aus
Rösrath, Pressesprecher der
Kreis-CDU und Redaktionsleiter
von CDUinform.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Christlich Demokratische Union Rheinisch-Bergischer Kreis, Hauptstraße 164 b, 51465 Bergisch Gladbach, Telefon: 0 22 02 - 9 36 95-0, Fax: 0 22 02 - 9 36 95-22, email: kgs@cdurkb.de, www.cdurkb.de **MITARBEITER DIESER AUSGABE** Birgit Bischoff, Wolfgang Bosbach, Ulrike Dahmer, Rainer Deppe, Diego Faßnacht, Thomas Frank (V.i.S.d.P.), Lennart Höring, Rolf Menzel, Holger Müller, Uwe Pakendorf (Redaktionsleitung), Herbert Reul, Volker Schmitz, Ilja Sinner, Thomas Sternberg, Heinz Wilgenbusch **SATZ / LAYOUT** Lennart Höring, Uwe Pakendorf **TITELFOTO** S. Hofschlaeger, pixelio.de **DRUCK / VERSAND** Heider Druck GmbH, Paffrather Str. 102 - 116, 51465 Bergisch Gladbach **ANZEIGENVERKAUF** Thomas Frank, Telefon: 0 22 02 - 9 36 95-56, email: t.frank@cdurkb.de **AUFLAGE** 5.000 Exemplare **PREIS** Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: 0,80 € inkl. MwSt **ERSCHEINUNGSWEISE / REDAKTIONSSCHLUSS** vier Mal jährlich, der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. April 2011 **ARCHIV** Die aktuelle und sämtliche alte Ausgaben seit 2008 finden Sie als ePaper auch im Onlinearchiv auf www.CDUinform.de

Landrat Rolf Menzel weiß, wie es um die Finanzen des Kreises und seiner Städte und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis steht. Muss er auch. Als Kommunalaufsicht wacht er über die Einhaltung der Richtlinien. Auch er fordert einen fairen Finanzausgleich. Doch die Frage ist nicht nur von wem, sondern auch wie? Auch Bund und Land sind hoch verschuldet. Er sagt, wir brauchen eine ehrliche Ausgabendebatte!

Was können wir uns zukünftig noch leisten?

INTERVIEW MIT ROLF MENZEL

Herr Menzel, worin sehen Sie für das Jahr 2011 die vordringlichste Aufgabe?

An erster Stelle stehen für mich weiterhin die Kommunalfinanzen. Die Einnahmen der Städte und Gemeinden steigen zwar langsam wieder an. Das ändert aber nichts an den strukturellen Problemen, die wir in den kommunalen Haushalten haben. Um es deutlich zu machen: Die Kommunen haben in den Jahren 2007/2008 die höchsten Einnahmen verzeichnet. Aber auch diese Haushalte waren größtenteils nicht ausgeglichen. Das zeigt, dass die Probleme in den allermeisten Fällen nicht hausgemacht waren und sind. Für die Kommunen im RBK jedenfalls kann ich dies als zuständige Kommunalaufsicht bestätigen. Daher erklärt sich der Kreis mit seinen Kommunen solidarisch und dreht eben nicht einfach an der Umlageschraube. Unser Haushaltsentwurf 2011 ist mit 14,4 Mio. € untergedeckt; auch der Kreis befindet sich in der Haushaltssicherung.

Wenn die Probleme nicht hausgemacht sind, wie sind sie dann begründet?

In den letzten Jahren sind sämtliche Le-

bensrisiken kommunalisiert worden: Von der Langzeitarbeitslosigkeit über Behinderung und Pflegebedürftigkeit bis hin zur Altersarmut - für all dies ist die kommunale Ebene zuständig gemacht worden. Was fehlt, ist eine entsprechende Gegenfinanzierung.

Sollte also aus Ihrer Sicht das Land oder der Bund einspringen?

Danach wird zwar gerne und schnell gerufen. Das würde das Problem aber nicht lösen. Denn weder Bund noch Land verfügen über ausgeglichene Haushalte. Was nützt es, wenn der eine, der nichts hat, sich etwas leiht, um es dem anderen zu geben, der auch nichts hat? Was nützt die vielzitierte rot-grüne Soforthilfe für die Kommunen denn aufs Ganze gesehen? Auch dieses Geld ist doch schuldenfinanziert. Wenn drei Kranke sich zusammensetzen, wird daraus noch lange kein Gesunder!

Welches Heilmittel schlagen Sie denn vor?

Ich halte das jahrelange Gerede um eine Gemeindefinanzreform für ein Ablenkungsmanö-

ver. Auch die jetzt wieder diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer ist der falsche Weg. Wir müssen einen Schritt weitergehen. Wir müssen uns überlegen, welche Standards sich dieser Staat insgesamt noch leisten will. Ein Beispiel: Kostenlose Kinderbetreuung - hört sich toll an, muss aber bezahlt werden. Der mit Abstand größte Ausgabenposten im Kreishaushalt sind die Sozialleistungen - 2011 fast 90 Mio. €. Wir wenden z. B. Millionen für Eingliederungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen oder im Bereich Pflege auf; jede Maßnahme für sich ist sicherlich sinnvoll und wünschenswert. In Summe können wir uns das aber schlicht nicht leisten. Was wir brauchen, ist eine ehrliche gesamtgesellschaftliche Debatte über das, was abseits des Wünschenswerten möglich und finanzierbar ist.



Stoppt Rot-Grün den Autobahnzubringer?

Kommt der Autobahnzubringer für die Stadtmitte unserer Kreisstadt? Oder kommt er nicht? Diese für viele staugeplagte Autofahrer, aber auch viele lärmgestresste Anwohner so wichtige Frage wollten unsere Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller von der rot-grünen Minderheitsregie-

dorf unterzeichnet wurde. Der Planungsstopp ist damit die Konsequenz des im Koalitionsvertrag enthaltenen Moratoriums für Straßenbauprojekte, für die noch kein Baurecht besteht. Besonders schlimm ist es, dass damit zum einen keine belastbaren Untersuchungen vorliegen werden, ob die Straße überhaupt machbar ist,

will, behaupten sie vor Ort, für den Anschluss zu kämpfen. Jetzt wissen wir endlich, welchen Einfluss die örtlichen SPD-Politiker bei ihrer SPD-geführten Landesregierung haben: gar keinen!

CDU und FDP haben in unserer Regierungszeit dafür gesorgt, dass nach jahrelanger Diskutiererei endlich einmal die komplette Trasse von Bergisch Gladbach bis zur Autobahn untersucht wird. Nur wenn alle Varianten auf den Tisch kommen, kann man den Nutzen, die Kosten und die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt doch beurteilen. Dann kommt die grün-rote Regierung und stellt die Untersuchungen ein, bevor alle Erkenntnisse vorliegen. Damit wird klar, was jedem vor der Landtagswahl hätte klar sein müssen: SPD und Grüne im Land wollen die Straße nicht. Da ist es auch keine Überraschung, dass sie die Fakten gar nicht erfahren wollen. UP

Die Landesregierung will blind beißen!

rung beantwortet wissen. Und die Antwort bestätigt die schon vorher bestehende Vermutung, dass die rot-grüne Landesregierung eine weitere Anbindung Bergisch Gladbachs an die Autobahn einfach nicht will. Warum sonst werden Planungen und Gutachten mitten im Prozess gestoppt?

Diese Entwicklung war allerdings schon klar, als der rot-grüne Koalitionsvertrag in Düssel-

und zum anderen Steuermittel für die bisher erstellten Teilgutachten verschleudert wurden. Doppelzüngig ist vor allem das Verhalten der Kreis-SPD und der Bergisch Gladbacher SPD. Während die lokalen Vertreter behaupten, sich für den Autobahnanschluss einzusetzen, stoppt die von ihnen geführte Landesregierung die Planungen. Wohlwissend, dass die Landesregierung die weiteren Untersuchungen stoppen

Lautz Vorsitzender der Kreisbauernschaft



Am 27. Januar wurde unser Mitglied Peter Lautz (im Bild links) zum Vorsitzenden der Kreisbauernschaft Rheinisch-Bergischer Kreis gewählt. Lautz ist auch Vorsitzender der Ortsbauernschaft Bergisch Gladbach. Er bewirtschaftet einen Pferdezuchtbetrieb und Reiterhof. Sein Stellvertreter ist Lutz Goerne, Milchviehhalter aus Wermelskirchen. CDUinform gratuliert sehr herzlich und wünscht viel Erfolg bei der wichtigen Arbeit.

Trudi Delzemich beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten



Als eine von fünf ehrenamtlich Tätigen aus NRW war unser Mitglied Trudi Delzemich aus Overath zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten geladen. Beim Defilee zum Präsidentenehepaar wurden ihre Verdienste verlesen: Mitarbeit an der Fertigstellung der Turnhalle Steinenbrück, Mitgründerin der Frauenriege, 50 Jahre Sportverein Glückauf Lüderich Steinenbrück und Vorstandsarbeit als Frauenwartin, Tischtenniswartin, Sportwartin und nun Vorsitzende des Vereins, jahrzehntelange Übungsleiterin, 20 Jahre Vorstandsmitglied im Sportbund der Gemeinde/Stadt Overath, 25 Jahre Mitglied der CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde/Stadt Overath. Der Bundespräsident war beeindruckt. CDUinform natürlich auch!

Herzliche Einladung

31. Politischer Aschermittwoch

mit **Philipp Mißfelder**

Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
und Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

9. März 2011

11:00 Uhr

Bürgerhaus

Bergischer Löwe

Konrad-Adenauer-Platz

Bergisch Gladbach



mit traditionellem
Fischessen
Anmeldung erforderlich:
0 22 02-93 69 50

CDU gratuliert 77 Jubilaren für langjährige Parteimitgliedschaft

Insgesamt 77 Mitglieder der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis feierten im Jahr 2010 ein Parteijubiläum. Im Rahmen der traditionellen „Jubilarehrung“ der Kreispartei dankten der Festredner, NRW-Generalsekretär Oliver Wittke sowie der Kreisvorsitzende Rainer Deppe für 65-, 60-, 50-, 40- und 25-jährige Treue zur CDU.

Gleich vier Mitglieder feierten ihre 65-jährige Zugehörigkeit zur CDU. Elisabeth Muth-Bloßfeldt und Hans Heider aus Bergisch Gladbach ließen es sich nicht nehmen, die Ehrung persönlich entgegenzunehmen. In Anwesenheit von MdB Wolfgang Bosbach, Landrat Rolf Menzel, den Bürgermeistern Lutz Urbach und Marcus Mombauer sowie dem Ehrenvor-

sitzenden der Kreispartei, Franz Heinrich Krey, konnte die CDU mit persönlichen Glückwunschscheiben der CDU-Vorsitzenden Bundeskanzlerin Angela Merkel aufwarten, die den Gründungsmitgliedern der Partei aufs herzlichste gratulierte. Willy Conrads aus Leichlingen und Werner Zillmann aus Wermelskirchen, die ebenfalls seit 65 Jahren Mitglieder der CDU sind, konnten leider nicht teilnehmen. Für 60-jährige Treue konnte Werner Pütz aus Overath mit der diamantenen Ehrennadel geehrt werden. Unter den weiteren Jubilaren wurde auch Lutz Urbach, Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach, zu einem Parteijubiläum gratuliert. Er ist seit nunmehr 25 Jahren Mitglied der CDU. **TF**



v.l.n.r. Rainer Deppe, Werner Pütz, Hans Heider, Elisabeth Muth-Bloßfeldt, Oliver Wittke

GRÜNDUNG GESUNDHEITSPOLITISCHER ARBEITSKREIS

Nachdem der erste Termin ausfallen musste, laden wir erneut zur Gründungsveranstaltung des GPA Rhein-Berg ein. Alle Mitglieder, die sich für Gesundheitspolitik interessieren, sind herzlich eingeladen. Referent wird der Gesundheitspolitische

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn MdB, sein. Teilnahme und Mitgliedschaft im GPA sind kostenlos. Bitte anmelden: **Tel. 02202-936950 oder per E-Mail: kgs@cdurbk.de**



**Montag,
28. Februar 2011**

**um: 19:00 Uhr
im: Penthouse
Bergischer Löwe
Konrad-Adenauer-Platz 7
51465 Bergisch Gladbach**

Bundesverdienstkreuz für Walter Kissel



v.l.n.r. Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Susanne Kissel, Landrat Rolf Menzel, Walter Kissel

Am 3. Dezember 2010 überreichte Landrat Rolf Menzel das Bundesverdienstkreuz am Bande für herausragende ehrenamtliche Tätigkeiten im kirchlichen und politischen Bereich an das langjährige CDU-Mitglied und ehemaligen Odenthaler Fraktionsvorsitzenden Walter Kissel. CDUinform gratuliert sehr herzlich.

Diego Faßnacht als KAS-Stipendiat ausgewählt



Der Bergisch Gladbacher JU-Vorsitzende Diego Faßnacht, der seit kurzem auch dem CDU-Vorstand in Bergisch Gladbach angehört, ist in den Kreis der Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgenommen worden. Faßnacht studiert seit Beginn des Wintersemesters Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn, wo er auch bereits dem RCDS beigetreten ist. Laut Selbstbeschreibung der KAS zählt „die Herausbildung zukünftiger Führungskräfte und Leistungseliten, die sich sozial oder politisch engagieren und sich in ihrem Handeln am christlich-demokratischen Menschenbild orientieren, seit 1965 zu den wichtigsten Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung.“ CDUinform gratuliert sehr herzlich.



Rund zehn Prozent aller Mitglieder beteiligten sich an der im vergangenen Herbst von der rheinisch-bergischen CDU durchgeführten Mitgliederbefragung. Zu insgesamt 25 politischen Thesen bezogen sie Stellung und bewerteten deren Bedeutung für die CDU-Programmatik. CDUinform gibt Ihnen an dieser Stelle zu den wichtigsten Ergebnissen einen Überblick.

Mitgliederumfrage 2010

Positionen, Trends und Fingerzeige

von Birgit Bischoff

Um die Aussagekraft der Ergebnisse richtig einordnen zu können, zunächst der statistische „anonymisierte“ Blick auf Herkunft, Alter und Geschlecht der Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben. Die Zahl der weiblichen Teilnehmer entspricht mit in etwa 21,4% nicht nur dem Prozentsatz der weiblichen Mitglieder der Kreis-CDU (26%), sondern auch der allgemeinen Geschlechteraufteilung im Ehrenamt, bei der Frauen vorwiegend soziale und Männer politische Themen favorisieren. Auch die Altersstruktur der Teilnehmer (s. Grafik Teilnehmer nach Altersgruppe) deckt sich mit der Mitgliederstruktur der CDU. Bemerkenswert ist auch, dass sich alle vertretenen Altersgruppen gleichermaßen an der Umfrage beteiligten. Leider verdeutlicht sich durch diese Grafik auch der demografische Aufbau unserer Partei, der deutlichen Nachholbedarf bei der Gewinnung jüngerer Altersgruppen für die

Sicherung der Staatsfinanzen Top-Thema

CDU-Politik offenbart. Auffallend viele Rückläufer erreichten uns aus Bergisch Gladbach, Overath und Rösrath (Teilnahmequote jeweils über 11 Prozent) während die Resonanz aus den übrigen fünf Kommunen vergleichsweise zaghaft ausfiel (Teilnahmequoten von 4 bis 7 Prozent).

Auffallend ist, dass die Umfrage, die sich zentralen politischen Kernfragen aktueller CDU-Politik widmet, je nach Themengebiet hohe Zustimmungswerte zu Leitlinien der CDU wiedergibt, aber auch eine

erstaunliche Breite der Meinungsvielfalt. Bei Betrachtung der Grundsatzprogramme der CDU hätte man beispielsweise nicht erwartet, dass die Frage nach der Einführung von Mindestlöhnen im Gegensatz zu einer Beibehaltung der Tarifautonomie nur knapp abgelehnt wurde. Zudem scheiden sich an der Frage nach einer Lockerung des Kündigungsschutzes (Frage 2) die Geister. Keinen Zweifel lassen die Mitglieder hingegen daran, dass diese Themen für die CDU-Programmatik wichtig sind.

Auch bei der Frage nach der Lösung des Fachkräftemangels in Deutschland gehen die Meinungen auseinander (Frage 5). Die Zuwanderung qualifizierter Ausländer aus Nicht-EU-Ländern bekommt lediglich eine knappe Mehrheit – eine Forderung, die in der Geschichte der CDU häufig sehr kontrovers diskutiert wurde. Bemerkenswert ist, dass sich eine eindeutige Mehrheit der Mitglieder allerdings auch gegen die Entlastung von Familien durch mehr Kinderbetreuung (Frage 10) ausspricht. Würde man diesen, zugegebenermaßen auch bei der Erstellung des Fragebogens bewusst polarisierenden Positionen folgen, würde sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren bedingt durch den demographischen Wandel und das stetige Wirtschaftswachstum dramatisch verschärfen. Eine breitere Diskussion über diese Themen wäre mit Sicherheit von großer Wichtigkeit.

Parteistrategen wird sicherlich freuen, dass sich in der Frage nach der Auszahlung von Hilfsmitteln für Kinder in Hartz 4-Familien eine breite Mehrheit für eine Auszahlung in Form von Sach- statt in Geldmitteln ausgesprochen hat, wie zum Beispiel mit der Familiencard geplant ist.

Auch die Kindergartenjahre wünscht man sich, wenn auch nicht mit genauso großer Mehrheit (57%), beitragsfrei. Gleichzeitig tritt eine vorsichtige Mehrheit (52,1%) für die Senkung der Sozialausgaben ein. Bemerkenswert ist allerdings hier der mit 27,2% Prozent relativ hohe Wert

Abschaffung der Wehrpflicht ist OK

der Unentschiedenen, der verdeutlicht, dass diese Fragestellung nicht abschließend beantwortet ist.

Kaum an Eindeutigkeit zu übertreffen ist die überwältigende Mehrheit von 88,3%, die sich für die Sicherung der Staatsfinanzen als oberstes Ziel der CDU ausspricht. Auch Umfragen in der Gesamtbevölkerung zeigen, dass der CDU auf diesem Gebiet die größte Sachkompetenz zugewiesen wird. Vergleicht man dieses Ergebnis jedoch mit den Fragen, die eine Ausweitung von Sozialausgaben (z.B. beitragsfreies Kindergartenjahr) thematisieren, so wird beispielhaft deutlich, dass die CDU-Programmatik aufpassen muss, sich nicht in ein unlösbares Spannungsfeld zu begeben.

Dass die Aussetzung der Wehrpflicht auf so breite Zustimmung stößt (siehe Frage 18), wo doch bisher in der CDU die traditionellen Anhänger der Wehrpflicht zu finden waren, überrascht im positiven Sinne. Schließlich ist es ein populärer Unions-Minister, der dieses Thema erst vor einem Jahr angestoßen hat. In diesem Kontext ist es daher schlüssig, dass bei der thematisch verwandten Frage eine allgemeine Dienstpflicht aller jungen Menschen als ein gesamtgesellschaftlicher Beitrag gefordert wird.

Wichtig für die politische Arbeit vor Ort sind sicherlich die Erkenntnisse, die sich aus den Antworten zur Frage stärkerer Bürgerbeteiligung ergeben haben (Frage 8). 61,1 Prozent der Mitglieder sprechen sich selbst im Kontext von Stuttgart 21 für eine stärkere Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen aus. Allerdings distanziert man sich ebenfalls von Krawallmachern und spricht sich im gleichen Maße für die Durchsetzung staatlicher Gewalt aus. Diesen Punkt sollte die Kommunalpolitik im Kreis im Rahmen stetig wachsender Bürgerbewegungen

sehr ernst nehmen.

Gefragt nach der Gesundheitsprämie zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen, nach dem kommunalen Flächenmanagement oder nach der Förderung von regenerativen Energien bilden die Antworten keine klaren Positionen ab. Treffende Analysen aus diesen Ergebnissen zu ziehen, ist keine einfache Aufgabe – handelt es sich doch um Themenkomplexe, die nicht im Fokus der medialen Berichterstattung stehen und zudem in ihren Zusammenhängen sehr kompliziert sind.

Erfreulichstes Ergebnis der Umfrage ist sicherlich, dass 48,2% der Befragten mit der Kommunalpolitik in den Kommunen des Kreises und des Kreistages zufrieden sind. Die eigene Mitgliedschaft scheint die Arbeit vor Ort zu begrüßen – insbesondere da sich nur ein geringer Anteil an Mandatsträgern an der Umfrage beteiligt hat (die Angabe war allerdings freiwillig). Ähnlich zufrieden ist man mit der Europapolitik, deutlich weniger mit der Landes- (18,3%) und Bundespolitik (23,7%) – könnten auch hier die Auswirkungen medialer Berichterstattung hinter diesen Ergebnissen zu vermuten sein?

Mehr Bürgerbeteiligung erwünscht

Gerne können Sie die kompletten Ergebnisse der Mitgliederbefragung in gedruckter Form im CDU-Center in Bergisch Gladbach anfordern. Wir freuen uns, wenn Sie nach wie vor mitmachen und uns über die Kreispolitik und unsere Berichterstattung Rückmeldung geben – denn eine erfolgreiche Politik ist von engagierten Mitgliedern abhängig.

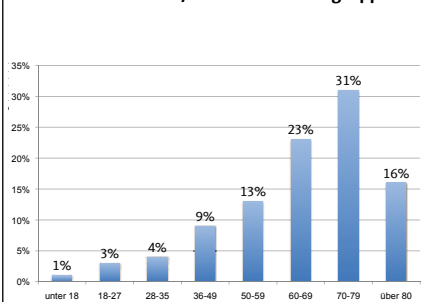


Birgit Bischoff

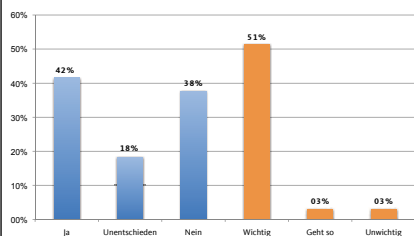
ist Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellvertretende Vorsitzende der CDU Bergisch Gladbach. Die selbständige Journalistin ist ständige Redakteurin von CDUinform.

Auszüge aus der Auswertung der Mitgliederumfrage 2010

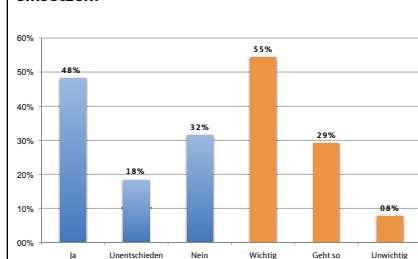
Tabelle 1: Teilnehmer/innen nach Altersgruppen



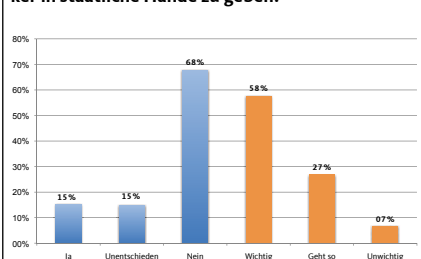
Frage 2: Soll sich die CDU für eine Lockerung des Kündigungsschutzes einsetzen, um mehr Flexibilität für Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen?



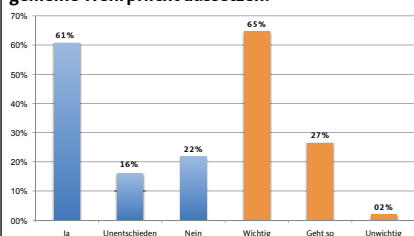
Frage 5: Soll sich die CDU für eine Zuwanderung qualifizierter Ausländer aus Nicht-EU-Ländern einsetzen?



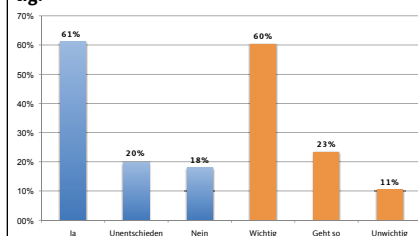
Frage 10: Soll sich die CDU dafür einsetzen, die Kindererziehung zur Entlastung der Familien stärker in staatliche Hände zu geben?



Frage 18: Sollte die CDU angesichts von zunehmenden Auslandseinsätzen und immer weniger einberufenen Grundwehrdienstleistenden die All-gemeine Wehrpflicht aussetzen?



Frage 8: Halten Sie eine intensivere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen im Kontext von Stuttgart21 für wichtig?



KOMMUNIKATION IST ALLES!



Eine Mitgliederumfrage durchzuführen, ohne politische Rückschlüsse aus dem Meinungsbild der Mitglieder zu ziehen, wäre wie ein Haus zu bauen, ohne es zu bewohnen. Daher wagt die CDUinform an dieser Stelle eine Analyse der Ergebnisse, die über die Auswertung der nackten Zahlen hinaus geht. Gerade wegen des Fazits „Kommunikation ist alles!“ ist es umso wichtiger, eine politische Diskussion über die Kernfragen der heutigen Politik zu führen.

von Uwe Pakendorf

Für alle Beteiligten war es schon ein Gewaltakt diese Umfrage auf den Schultern der Kreis-CDU zu stemmen. Aber auch unseren Mitgliedern gebührt ein großer Dank für herausragende Bereitschaft sich einer derart umfangreichen Mitgliederumfrage überhaupt auseinander zu setzen. Einen Beteiligungsgrad von 10 Prozent der Mitgliedschaft erreicht zu haben, ist ein Ergebnis auf das wir stolz sein können – nimmt man vergleichbare Umfragen aus anderen Kreisverbänden als Referenz.

Auch wenn eine Analyse der Ergebnisse sicherlich nicht einfach ist (eine Bearbeitung der Umfrage nach wissenschaftlichen Kriterien ist mit unserer „Manpower“ nur eingeschränkt möglich), haben wir uns bemüht, der Objektivität Vorrang zu geben. Sicherlich ist es uns gelungen, einige Ergebnisse zu Tage fördern, die einer tiefgreifenden Betrachtung würdig sind.

Beruhigend ist, dass auch die Mitglieder der CDU im Kreis bestätigen, dass die CDU in Wertefragen ein Hort der Stabilität ist.

Bemerkenswert sind die Zustimmungsraten zu Themenfeldern, die durch prominente CDU-Frontkämpfer besetzt sind. Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass die CDU die Partei werden würde, die die Wehrpflicht aussetzt? Wer sich an die hitzigen Diskussionen zu diesem Thema im Deutschen Bundestag und die felsenfesten Positionierungen der Jungen Union und der CDU auf Bundesparteitagen erinnert, hätte damit gerechnet, dass ein Minister, der dieses Thema anpackt, binnen kürzester Zeit seinen Hut hätte nehmen müssen. Ähnlich verhält es sich bei dem Ergebnis aus der Frage nach der Einführung der „Familien card“. Hier wurde der zweithöchste Zustimmungswert von allen Fragen erreicht – knapp hinter der Frage zur Sicherung der Staatsfinanzen. Ist es ein Zufall, dass ausgerechnet diese Themenfelder in die Bereiche besonders beliebter

Unionspolitiker fallen? Sicherlich nicht! Karl Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen sind derzeit die Politiker, die sich nicht nur bei den Union-Anhängern einer herausragenden Beliebtheit erfreuen. Zudem haben sie es geschafft, mit ihren Themen eine dauerhafte mediale Präsenz zu erzielen. Sie schaffen es, selbst schwierige thematische Zusammenhänge klar und deutlich zu formulieren. Nur ein Ignorant wird verneinen, dass diese kommunikativen Fähigkeiten ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass sich diese Themen innerhalb kürzester Zeit in der Partei und auch der Bevölkerung durchgesetzt haben. Damit setzt sich durch, was gut kommuniziert wird.

Themenbereiche, wie die Gesundheitsprämie werden, wie die Umfrage zeigt, sehr kontrovers wahrgenommen. Es soll an dieser Stelle keine Kritik an den Koalitionspartnern geübt werden, jedoch ist zweifelsohne festzustellen, dass die Kontroversen in Gesundheitsfragen zwischen CSU und FDP einer klaren Kommunikationsstrategie sicherlich nicht zuträglich waren. Zugegebenermaßen gehören diese Fragen zu den politischen Themenfeldern, die in ihrer Komplexität kaum zu überschauen sind – Entscheidungen nach dem Muster schwarz oder weiß sind hier so gut wie unmöglich. Dennoch darf dieses Manko nicht als Ausrede benutzt werden, sich vor diesen Themenbereichen zu verstecken. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Daher hat auch der Kreisvorstand beschlossen, mit der Gründung des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises im Rheinisch-Bergischen Kreis einen aufklärenden Gegenpol zu setzen.

Beruhigend ist, dass auch die Mitglieder der CDU im Kreis bestätigen, dass die CDU in Wertefragen ein Hort der Stabilität ist. Die Frage nach einer bindenden Leitkultur und der Detailspekt des Aufhängens von Kruzifixen in öffentlichen Gebäuden wurden eindeutig bejaht. Damit besteht kein Zweifel daran, dass unsere Basis nicht nur geeint hinter dem christlich geprägten Grundsatzprogramm der CDU steht, sondern auch nach einenden aber auch abgrenzenden Identifikationsmerkmalen verlangt. Irritieren darf in diesem Zusammenhang sicherlich nicht die of-

fene Frage nach den Embryonenforschung, die auch auf dem vergangenen Bundesparteitag bei der themenverwandten Frage der Ausweitung Präimplantationsdiagnostik (PID) nur mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Zentralste Aussage dieser Umfrage ist die Tatsache, dass sich klare 88 Prozent unserer Mitglieder für eine Politik der Sicherung der Staatsfinanzen aussprechen. In keinem anderen Themenfeld konnte eine derart hohe Priorisierung (83 Prozent halten dieses Thema für wichtig) festgestellt werden. Dieses Themenfeld überstrahlt alle anderen Politikbereiche um Längen. Die Rückschlüsse sind entsprechend einfach aber auch tiefgreifend: Die CDU muss ihre Führungsposition als Partei der wirtschaftlichen Vernunft felsenfest behaupten. Insbesondere die Frage finanzieller Nachhaltigkeit jeglichen staatlichen Handelns muss daher von uns von Europa bis zur Kommune stetig hinterfragt werden. Interessant, wenn auch nicht ganz unerwartet, ist die klare Forderung unserer Mitglieder nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung, insbesondere bei kommunalpolitischen Themen. Im Vorfeld der Erstellung der Umfrage bestand aufgrund der Entwicklungen rund um Stuttgart 21 eine gehörige Unsicherheit in der Redaktion über den Ausgang dieser Fragestellung. Im Nachhinein verwundert es nicht, dass dieses Themenfeld vor dem Hintergrund der medialen Präsenz von Stuttgart 21, Einfluss auf das Stimmungsbild unserer Basis erfahren hat. Politische Parteien müssen im wachsenden Ausmaß um ihre Meinungsführerschaft bei politischen Entscheidungen kämpfen. Daher müssen wir die Stärke der CDU als breit aufgestellte Volkspartei nutzen, um unsere Positionen in der Gesellschaft weiterhin intensiv zu verwurzeln. Die CDU war und ist eine Partei, die es geschafft hat, Menschen unterschiedlicher Positionen und Meinungen in ihren Reihen zu integrieren. Es ist unsere Aufgabe, diese Stärke im Kontext wachsender Bürgerbewegungen zu nutzen, um als zentrale integrative politische Kraft vielleicht sogar ge-

stärkt aus dieser Entwicklung hervor zu gehen. Wie schon am Beispiel zu Guttenbergs ausgeführt, müssen wir uns insbesondere auch in dieser Frage um eine eindeutige und verständliche politische Kommunikation bemühen. Nur wer die Menschen heutzutage auf dem Weg der politischen Entscheidungsfindung mitnimmt, hat eine Chance auch die notwendige Zustimmung für möglicherweise auch unpopuläre Vorhaben zu gewinnen. In dieser politischen Stilfrage steckt mit Sicherheit die größte Herausforderung der Politik der heutigen Zeit. Daher hat der Kreisvorstand der CDU beschlossen, sich diesem Themenbereich in diesem Jahr im be-

Die CDU war und ist eine Partei, die es geschafft hat, Menschen unterschiedlicher Positionen und Meinungen in ihren Reihen zu integrieren.

sonderen Maß zu widmen. Auch die Landes-CDU hat mit unterschiedlichsten Maßnahmen, allen voran die Mitgliederbefragung zur Wahl des Landesvorsitzenden, die Zeichen der Zeit erkannt.

Schafft es die CDU, sich den oben genannten, teils offenen, teils klar in dieser Umfrage bestätigten Themen zu widmen, so besteht nicht nur die Chance, eine große Akzeptanz für unsere Politik in den eigenen Reihen zu gewinnen, sondern auch die Chance, unsere Position als stärkste Volkspartei zu verteidigen.



Uwe Pakendorf
ist Kreistagsabgeordneter aus
Rösrath, Pressesprecher der
Kreis-CDU und Redaktionsleiter
von CDUinform.

Anzeige

www.kaltenbach-gruppe.de

IMMER IN IHRER NÄHE.

Kaltenbach
Gruppe

Kraftstoffverbrauch kombiniert: von 5,2 l bis 9,4 l/100 km
CO₂-Emission kombiniert: von 136 g bis 219 g/km

FREUDE IST ETWAS NEUES ZU ERLEBEN.

Der neue BMW X1 demonstriert mit seinem Karosseriedesign selbstbewusste Eleganz, vielseitige Sportlichkeit und spontane Agilität.

Ein neues Fahrerlebnis im Premium-Kompaktsegment wird erreicht durch Eleganz, Sportlichkeit & Agilität. **Wir freuen uns auf Ihren Besuch.**

FREUDE IST DER NEUE BMW X1.

Ihr kompetenter Automobil- & Motorrad-Partner

KALTENBACH GRUPPE

Overath • Wiehl • Waldbröl • Lüdenscheid • Remscheid • Werdohl • Wermelskirchen • Meinerzhagen • Wipperfürth • Engelskirchen • Bergisch Gladbach

NEU: Ab sofort finden Sie alle

TERMINE IM FEBRUAR:

- 15.02.2011**
Dienstag
16:30 Uhr
Senioren-Union Odenthal
Veranstaltung
Haus der Begegnung, Dorfstr. 10
Helga Happel, 02202-79708
- 15.02.2011**
Dienstag
19:00 Uhr
JU Kürten
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen
Gaststätte „Zur alten Ulme“, Im Winkel 2
Timo Friedrich, 02207-4049
- 16.02.2011**
Mittwoch
10:30 Uhr
Senioren-Union Overath
121. Frühschoppen als Jahreshauptversammlung mit Landrat Rolf Menzel
Bürgerhaus Overath, Dorfstr. 10
Rudolf Preuß, 02206-2953
- 16.02.2011**
Mittwoch
17:00 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Stadtgespräch mit Bürgermeister Stefan Caplan mit anschließender Jahreshauptversammlung
Gaststätte „Treffpunkt“
Bürgermeister-Schmidt-Str. 11
Heinz Wilgenbusch, 02174-786217
- 17.02.2011**
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Wermelskirchen
Veranstaltung zum Thema „Ein Polizist in Wermelskirchen“ mit Theo Althoff
Bürgerhaus, Eich 6-8
Werner Allendorf, 02196-4103
- 21.02.2011**
Montag
19:30 Uhr
Junge Union Burscheid
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
CDU-Büro im Pastor-Löh-Haus
Höhestraße 48, Burscheid
Martin Schultz, 02174-5545
- 22.02.2011**
Dienstag
19:00 Uhr
CDU OV Dabringhausen
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen mit Herbert Reul
Hotel zur Post
Altenberger Str. 90, Wermelskirchen
Martin Bosbach, 0171-486339
- 22.02.2011**
Dienstag
19:30 Uhr
Frauen Union Rhein-Berg
Jahreshauptversammlung mit Kreisvorstandswahlen
Hotel Schützenburg
Hauptstr. 116, Burscheid
Barbara Reul-Nocke, 02175-169337
- 22.02.2011**
Dienstag
19:30 Uhr
Junge Union Bergisch Gladbach
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Rathaus Bensberg, Ratssaal
Wilhelm-Wagener-Platz, Bergisch Gladbach
Diego Faßnacht, 0178-6369840
- 22.02.2011**
Dienstag
19:30 Uhr
Senioren-Union Leichlingen
Skat-Treff
Café Monjau, Bahnhofstr. 20

28.02.2011

Montag
15:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
25 Jahre Senioren-Union in Rösrath mit dem Generalsekretär der CDU NRW, Oliver Wittke

Herzliche Einladung an alle Mitglieder der Senioren-Union im Rheinisch-Bergischen Kreis
JuZe Rösrath, Bensberger Str. 43
Bitte anmelden bei: Rainer Mauer, 02205-2210

28.02.2011

Montag
19:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Gründung des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CDU Rhein-Berg

mit dem Gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn MdB
Penthouse im Bergischen Löwen,
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdurbk.de

TERMINE IM MÄRZ:

03.03.2011

Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Jahreshauptversammlung

Bürgerhäuser, Eich 6-8
Werner Allendorf, 02196-4103

09.03.2011

Mittwoch
09:00 Uhr

Senioren-Union Overath
89. Exkursion nach Zülpich
Stadt und Römerthermen
Treffpunkt am Bahnhof Overath
Rudolf Preuß, 02206-2953

09.03.2011

Mittwoch
11:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
31. Politischer Aschermittwoch

mit dem Außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder MdB
Bürgerhaus Bergischer Löwe
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Infos und Anmeldung im:
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdurbk.de

12.03.2011

Samstag
10:00 Uhr

CDU Nordrhein-Westfalen
33. Landesparteitag

Thematischer Schwerpunkt ist das schulpolitische Konzept der CDU Nordrhein-Westfalen
Siegerlandhalle, Siegen
Begrenzte Gästekarten verfügbar:
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdurbk.de

15.03.2011

Dienstag
10:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
Das 5. Politische Gespräch

Stümpenklausur, Ahornweg 59
Rainer Mauer, 02205-2210

15.03.2011

Dienstag
16:30 Uhr

Senioren-Union Odenthal
Veranstaltung

Haus der Begegnung, Dorfstr. 10
Helga Happel, 02202-79708

16.03.2011

Mittwoch
19:30 Uhr

CDU OV Bensberg/Moitzfeld

Offene Mitglieder- und Bürgerversammlung zur Öffnung der Fußgängerzone in der Bensberger Schloßstraße
Rathaus Bensberg, Ratssaal
Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach
Wolfgang Saupp, 02204-58460

Termine chronologisch sortiert!

17.03.2011Donnerstag
15:00 Uhr**Senioren-Union Wermelskirchen****Veranstaltung zum Thema:
„Einblick in den japanischen Alltag“**mit Florian Müllenmeister
Bürgerhäuser, Eich 6-8
Werner Allendorf, 02196-4103**17.03.2011**Donnerstag
19:30 Uhr**CDU Odenthal****Bürgergespräch für die Ortsteile
Altenberg, Blecher, Holz, Erberich und
Glöbusch**Restaurant Schöne Aussicht, Schöne Aussicht 1
Ulrike Dahmer, 02202-257196**17.03.2011**Donnerstag
19:30 Uhr**CDU OV BGL-Stadtmitte****Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen**Brauhaus am Bock
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Angelika Bilo, 02202-955970**17.03.2011**Donnerstag
19:30 Uhr**CDU Odenthal****Bürgergespräch**Kath. Jugendheim, St. Engelbert-Straße
Ulrike Dahmer, 02202-257196**19./20.03.2011 Junge Union Bergisch Gladbach**Samstag/
Sonntag**Offene Klausurtagung**Königswinter, Infos und Anmeldung bei
Julian Vielhauer, 0178-8700330**24.03.2011**Donnerstag
19:00 Uhr**Frauen Union Odenthal****Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen**Haus der Begegnung, Dorfstr. 10
Maria Schleenstein, 02174-4459**27.03.2011**Sonntag
11:00 Uhr**CDU Rheinisch-Bergischer Kreis****Neumitgliederfrühschoppen**Hotel zur Post, Odenthal
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdurbk.de**30.03.2011**Mittwoch
09:00 Uhr**Senioren-Union Rösrath****Fahrt zum Fischereimuseum in Troisdorf-
Bergheim und zur Doppelkirche in
Schwarzhemdorf**

Paul Kraus, 02205-6118

30.03.2011Mittwoch
19:00 Uhr**CDU Burscheid****Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen**Hotel Schützenburg, Hauptstr. 116
Erika Gewehr, 02174-60776**31.03.2011**

Donnerstag

Senioren-Union Wermelskirchen**Besichtigung Steffenshammer**

Werner Allendorf, 02196-4103

31.03.2011Donnerstag
19:30 Uhr**CDU OV BGL-Stadtmitte****Bürgerversammlung zum Thema
Schulentwicklungsplan**

Angelika Bilo, 02202-955970

TERMINE IM APRIL:

01.04.2011Freitag
13:30 Uhr**Frauen Union Odenthal****Besichtigung des Deutschen Zentrums
für Luft- & Raumfahrt (DLR) in Köln-Porz**DLR, Linder Höhe
Maria Schleenstein, 02174-4459**19.04.2011**Dienstag
10:00 Uhr**Senioren-Union Rösrath****Das 6. Politische Gespräch**Stümpfenklause, Ahornweg 59
Rainer Mauer, 02205-2210**19.04.2011**Dienstag
16:30 Uhr**Senioren-Union Odenthal****Veranstaltung**Haus der Begegnung, Dorfstr. 10
Helga Happel, 02202-79708**20.04.2011**Mittwoch
10:30 Uhr**Senioren-Union Overath****Festakt „Zwanzig Jahre Senioren-Union
in Overath“ mit Wolfgang Bosbach MdB**Bürgerhaus Overath, Hauptstr. 30
Rudolf Preuß, 02206-2953**27.04.2011**

Mittwoch

Senioren-Union Rösrath**Fahrt zum Kloster Himmelrod
und in die Vulkaneifel**

Paul Kraus, 02205-6118

TERMINE IM MAI:

02.05.2011Montag
15:00 Uhr**Senioren-Union Rhein-Berg****Jahreshauptversammlung**mit dem Bundesschatzmeister der CDU Deutschlands
und ehemaligem Finanzminister Nordrhein-Westfalens,
Dr. Helmut Linssen.Rathaus Bensberg, Ratssaal
Wilhelm-Wagener-Platz, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202-936950**07.05.2011**Samstag
09:00 Uhr**Senioren-Union Overath****90. Exkursion in die Barockstadt
Köln-Mülheim mit Markus Eckstein**Treffpunkt Bahnhof Overath
Rudolf Preuß, 02206-2953**12.05.2011**Donnerstag
15:00 Uhr**Senioren-Union Wermelskirchen****Veranstaltung zum Thema „Armut im
Alter“ mit dem Kreiscaritasdirektor
Hans-Peter Bolz**Bürgerhäuser, Eich 6-8
Werner Allendorf, 02196-4103**17.05.2011**Dienstag
16:30 Uhr**Senioren-Union Odenthal****Info-Veranstaltung**Haus der Begegnung, Dorfstr. 10
Helga Happel, 02202-79708**20.05.2011**Freitag
18:30 Uhr**CDU Rheinisch-Bergischer Kreis****61. Kreisparteitag
mit Neuwahl des CDU-Kreisvorstandes**Ort wird nachgereicht!
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdurbk.de

Termine zum
Herausnehmen!

Gute Bildung für jedes Kind

Ein Gastbeitrag des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion,
Prof. Dr. Dr. **Thomas Sternberg** MdL aus Münster.

Fragen der Bildung sind wichtig. Besonders dringend sind sie angesichts der demographischen Herausforderungen. Immer weniger Kinder sollen die Zukunft unseres Landes sichern. Auch deshalb können wir es uns nicht leisten, auch

des veränderten Schulwahlverhaltens nicht konsequent genug angegangen. Dabei bietet das Schulgesetz von 2006 einen Lösungsansatz insbesondere für den Erhalt von Schulen in Gemeinden und Stadtteilen, die man hätte ausbauen können: die sog. „Verbundschule“, die Verbindung von Bildungsgängen der Realschule und der Hauptschule.

In allen Ländern Deutschlands wird zur Zeit darüber nachgedacht,

ob nicht die Zweigliedrigkeit von Gymnasium und Sekundarschule, wie sie in den neuen Ländern gang und gäbe ist, eine Lösung

sein könnte. In Niedersachsen und Hessen, auch in Bayern und Baden-Württemberg wird über solche Wege nachgedacht.

Das Schulkonzept der CDU Nordrhein-Westfalen geht davon aus, dass eine revolutionäre Änderung des gesamten Schulsystems nicht angebracht ist. Wo gute Schulen gut funktionieren, gibt es keinen Grund, neue Reformunruhe in die Schulen zu tragen. Die Lehrer, Eltern und Schüler wollen nicht, dass von der Bildungspolitik jeden Tag neue Reformideen den Unterricht stören. Wir wollen Schulen neben den Gymnasien ermöglichen, die mit zwei Klassen je Jahrgang auf Real- und Hauptschulabschlüsse vorbereiten. Das bedeutet auch, dass viele Wege zu

Wo gute Schulen gut funktionieren gibt es keinen Grund, neue Reformunruhe in die Schulen zu tragen.

nur eine Begabung ungefordert zu lassen. Aber auch unser Menschenbild verpflichtet jeden, sein Talent zu vervielfältigen. Jedes Kind braucht die beste Förderung.

Aber wenn über Bildung gesprochen wird, dann gibt es zumeist zwei Kurzschlüsse:

- die Fixierung auf die Schulform – obwohl die Qualität des Unterrichts, die Ausbildung von motivierten Lehrenden, die Größe der Klassen und anderes viel wichtiger sind;
- die Fixierung auf das Abitur – obwohl wir neben erstklassiger Vorbereitung für ein wissenschaftliches Studium auch die beste Voraussetzung für die dualen Ausbildungswege brauchen.

Schulische Bildung geht über die Befähigung zum Beruf hinaus: sie soll zum selbst bestimmten Leben als Person und in der Gesellschaft befähigen.

In den vergangenen Jahren hat die CDU/FDP-Regierung wichtige Verbesserungen gebracht. Vor allem wurde trotz der Sparmaßnahmen deutlich mehr Geld für die Schulen ausgegeben. Über 8.000 zusätzliche Lehrer, endlich Schluss mit der systematischen Vernachlässigung der Hauptschüler, Berufsorientierung, der Unterrichtsausfall wurde halbiert, Sprachförderung für die Kleinsten, Selbständigkeit der Schulen und eine ganz neue Lehrerbildung mit gleichen Anforderungen für alle Lehramtsstudenten.

Leider wurden aber die dramatischen Auswirkungen des Rückgangs der Kinderzahl und

Das Schulpolitische Konzept!

Noch bis zum 12. März 2011 wird das **Schulpolitische Konzept** in der CDU diskutiert. Dann wird der **33. Landsparteitag** in Siegen darüber beraten und das Konzept beschließen. Auch unsere rheinisch-bergische CDU wird in Siegen mit zehn Delegierten vertreten sein. Dank vieler interessierter Schulpolitiker in unseren Verbänden und Fraktionen vor Ort, konnte sich unser CDU-Kreisvorstand bereits auf einige Änderungsanträge verständigen. Was ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns! Den Leitantrag schicken wir Ihnen auf telefonische Anforderung (0 22 02 - 93 69 50) gerne zu oder Sie laden sich die 10-seitige PDF-Datei auf www.cdu-nrw.de/images/stories/docs/lpt/A1-Leitantrag-Jedem-Kind-gerecht-werden.pdf



Drohung: Kraft will Berliner Schulsystem nacheifern!

Fakten zum Berliner Schulsystem:

- Hauptschulen, Realschulen sowie Gesamtschulen abgeschafft
- Religionsunterricht als Pflichtfach abgeschafft
- Lehrermangel: Zum Schuljahresbeginn 2010/11 fehlten mindestens 400 Lehrkräfte
- Begabtenförderung eingeschränkt
- PISA-Studie: Hier liegt Berlin in allen untersuchten Kompetenzfeldern weit hinten
- Massiver Unterrichtsausfall: Pro Jahr fallen 600.000 Stunden Unterricht ersatzlos aus
- Verlosung von Gymnasialplätzen

Berlin ist ein abschreckendes Beispiel, aber bestimmt kein Vorbild für NRW. Wir brauchen qualitativ hochwertige Bildungsangebote. Unsere Kinder müssen individuell gefördert werden.

**Die CDU Nordrhein-Westfalen will Schulvielfalt statt Schuleinfalt:
Nein zur Einheitsschule!**



**WIR LASSEN UNS KEINEN
BÄREN AUFBINDEN:
Keine rot-roten Berliner
Verhältnisse in NRW!**

„Und hier in Berlin habt ihr einiges auf den Weg gebracht, wo wir euch hinterherhelfen werden.“

Die CDU NRW wehrt sich gegen die rot-grünen Schulpläne in Düsseldorf!

... ist CDU-Politik

einem Erwerb der Hochschulreife danach offen sind. Wie schon heute fast ein Drittel der Schüler mit Fachoberschulabschluss gibt es weiterhin die „vertikale Durchlässigkeit“ mit Anschluss zur gymnasialen Oberstufe der Gymnasien, der Gesamtschulen, der Berufskollegs und des Zweiten Bildungswegs.

Wichtig bleibt, dass unabhängig von allen Schulformen jedes einzelne Kind mit seinen unterschiedlichen Begabungen und Interessen im Mittelpunkt steht. Auch wenn die Schule nicht Hauptschule heißt, bleiben die Hauptschüler und deren Berufsorientierung mit der guten Vorbereitung auf die stark gestiegenen theoretischen Anforderungen der Ausbildungsberufe im

Wichtig bleibt, dass jedes einzelne Kind mit seinen unterschiedlichen Begabungen und Interessen im Mittelpunkt steht.

Mittelpunkt der Anstrengungen für die Menschen, die nach wie vor den größten Anteil der Ausbildungsberufe ausmachen. Und auch die Schüler an den sehr guten und vielen Realschulen dürfen nicht unter die Räder einer Fixierung auf das Abitur kommen.

Genau das geschieht aber mit der unausgegorenen Idee der sogenannten „Gemeinschaftsschule“, wie sie von der gegenwärtigen Landesregierung mit Sondervorzügen und erheblichem Werbaufwand eingeführt werden soll. Die Koalition möchte in den kommenden vier Jahren 30% der Schulen der Sekundarstufe I in solche Schulen verwandeln. Das wären über 600 Schulen. Es handelt sich bei den Schulen um kleine Gesamtschulen, die sich vor allem in der Zahl der notwendigen Schüler unterscheiden: braucht man für eine Gesamtschule vier mal 28 Kinder, also 112 je Jahrgang, sind es für die neue Schulform nur drei mal 23, also 69 Schülerinnen und Schüler. Bereits der Name ist in Nordrhein-Westfalen nicht möglich: in der Landesverfassung ist der Begriff „Gemein-

schaftsschule“ für nicht konfessionsgebundene Schulen festgelegt.

Schwerer wiegen die pädagogischen Probleme. Sind 69 Kinder ausreichend, um Differenzierungen zu ermöglichen? Können

Wenn überall Zwerg-Gesamtschulen entstehen, wird den Gymnasien das Wasser abgegraben.

wirklich alle Begabungen und Interessen in so kleinen Einheiten angemessen gefördert werden? Ist es vertretbar, dass alle Kinder in den Jahrgängen 5 und 6 nach dem Lehrplan des Gymnasiums unterrichtet werden müssen? Ist die zweite Fremdsprache, ob nun Latein, Französisch oder eine andere in der Unterrichtsform des Gymnasiums wirklich sinnvoll für alle? Sind Kinder im Alter von 11 oder 12 Jahren nicht frustriert, wenn sie im siebten Schuljahr wieder abgewählt wird? Werden nicht wieder die Verlierer diejenigen sein, die auch schon früher immer zu kurz gekommen sind, weil sie nicht ein wissenschaftliches Studium anstreben?

Die Auswirkungen auf gewachsene Bildungslandschaften sind absehbar. Wenn überall Zwerg-Gesamtschulen entstehen, wird den Gymnasien das Wasser abgegraben. Auch wenn wir Frieden mit der von vielen Eltern gewünschten Gesamtschule machen, wehren wir uns dennoch gegen die

Eine revolutionäre Änderung des Schulsystems ist nicht angebracht!

schleichende Einführung eines Systems, das schließlich nur noch eine Einheitsschule kennt.

Die CDU hat ein Schulkonzept vorgelegt, das mit Augenmaß auf die veränderte Situation in der Schullandschaft, auf Demographie und Elternwahlverhalten reagiert und Vielfalt als Voraussetzung für jede Schulwahl garantiert.



Thomas Sternberg aus Münster ist bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Foto: M. Thomas

zur Person:

- Geboren am 20. 4. 1952 in Grevenbrück / Sauerland, Verheiratet, 5 Kinder
- nach Bäckerlehre und Abendgymnasium Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Theologie in Münster, Rom und Bonn
- Diplom und Lic. theol. (1981), Dr. phil. (1983), Dr. theol. (1988)
- 2001 Honorarprofessor für Kunst und Liturgie an der Universität Münster
- seit 1988 Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie FRANZ HITZE HAUS Münster
- 2003 bis 2007 Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages
- Mitglied des Kunsthochschulbeirats des Landes Nordrhein-Westfalen
- 2005 bis 2010 Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
- seit 2010 Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
- Mitglied in verschiedenen kirchlichen, kulturellen, berufsständischen und politischen Organisationen, Gremien und Kommissionen auf lokaler und überregionaler Ebene

Die neue „Super-Polizei“ - nicht billiger, sondern besser!

Der Auftrag zur Prüfung, wie die Polizeiarbeit des Bundes optimiert werden kann, stammt aus der Koalitionsvereinbarung: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière setzte 2010 unter Leitung des ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Dr. Eckart Werthebach eine Kommission ein, die nun in Sachen Sicherheit und Gefahrenabwehr eine organisatorische Neuordnung der Bundeskompetenzen vorschlägt, nämlich die Zusammenlegung von

Bundespolizei (dem ehemaligen Bundesgrenzschutz) und Bundeskriminalamt. Aus ihnen soll die so genannte „Polizei des Bundes“ werden. Dabei werden die Strafverfolgungskompetenz des BKA und die Gefahrenabwehrkompetenz der Bundespolizei zusammengefasst.

Die Mitglieder der Werthebach-Kommission sind allesamt gestandene Persönlichkeiten aus Politik und praktischer Polizeiarbeit, die

große Erfahrung in den Bereichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung haben und ihre Vorschläge sind sinnvolle und praktikable Empfehlungen. Wenn wir Polizeiarbeit erfolgreicher machen wollen, brauchen wir eine angemessene Personalausstattung, das entsprechende rechtliche Instrumentarium und schließlich auch die notwendige technische Ausstattung. Dazu müssen Kompetenzen auf Bundesebene gebündelt, nicht aber neue geschaffen werden.

LANDTAG

Deutsche Lebensmittel sind sicher!

Verbraucher haben ein Recht darauf, dass jedes Lebensmittel, das sie in Deutschland erwerben, sicher ist. Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass das Futter, das sie für ihre Tiere kaufen, der Deklaration entspricht und nicht gepanscht ist.



Rainer Deppe MdL ist agrar- und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Dass diese eigentlich selbstverständlichen Grundsätze in krimineller Weise mit Füßen getreten

wurden, hat nicht nur Öffentlichkeit und Politik in den ersten Wochen dieses Jahres in Atem gehalten, sondern Verbraucher verunsichert und tausende von Landwirten durch zusammenbrechende Märkte für Eier und Schweinefleisch in Existenznöte gebracht. Nach ersten Schätzungen belaufen sich die Verluste der Bauern durch ins Bodenlose gefallene Preise auf mindestens 500 Mio. EUR.

Darüber, ob der Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Fettverarbeitungsbetriebs, der das mit Dioxin verunreinigte Fett in Umlauf gebracht hatte, bis zum Zusammenbruch der DDR in Brandenburg Stasi-IM, vielleicht schon während seiner Zeit bei dem VEB Märkische Ölwerke einschlägige Erfahrungen sammeln konnte, kann nur spekuliert werden. Aber dass bei solchen Leuten die Hemmschwelle zur Panscherei, von denen Millionen Verbraucher betroffen sein können, besonders niedrig liegt, wird niemanden verwundern.

Umso wichtiger ist, dass nur zuverlässige Leute in der Lebens- und Futtermittelherstellung tätig sein dürfen. Verantwortliche dürfen sich nicht

durch die Insolvenz des Unternehmens aus der Verantwortung stehlen, sondern müssen durch spürbare Geldstrafen und vor allem ein Berufsverbot wirksam abgeschreckt werden.

Das ambitionierte 14-Punkte-Programm, mit dem Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eine Wiederholung solch krimineller Panschereien deutlich erschweren will, wird von der CDU Nordrhein-Westfalen ausdrücklich unterstützt. Wichtig ist jetzt, dass auch auf europäischer Ebene konsequentes Durchgreifen ermöglicht wird. Die sog. Positivliste der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, in der alle Futterzutaten abschließend vermerkt sind, darf nicht nur eine freiwillige Liste für Deutschland bleiben, sondern muss verbindlich für ganz Europa werden.

Unsere deutschen Lebensmittel gehören zu den besten und sichersten der Welt. Wir müssen dafür sorgen, dass mögliche Lücken beim Schutz der Verbraucher vor Panscherei, Gesundheitsgefahr und Etikettenschwindel wirksam geschlossen werden.

KONTAKT:

Tel. 0211-884-2340, Fax -3227
rainer.deppe@cdunet.de
www.rainer-deppe.de
www.twitter.com/RainerDeppe

Energiesparlampen beleuchtet

Die Europäische Kommission war wohl wieder vom Klimaschutzwahn gepackt, als sie 2009 die Glühbirne verbieten ließ. Bis 2012 verschwinden Schritt für Schritt die Glühbirnen unterschiedlicher Wattzahl vom Markt. Doch jetzt zeigt sich: Mit ihrem Verbot hat sie vorschnell gehandelt.

Das Umweltbundesamt veröffentlichte kürzlich eine Studie, nach der der zulässige Grenzwert für Quecksilber bei manchen Sparlampen

um das 20-fache überschritten wird, wenn sie in eingeschaltetem Zustand zerbrechen. Dass so etwas passieren kann, ist besonders in Kinderzimmern gar nicht so unwahrscheinlich. Quecksilber ist aber ein starkes Nervengift, das nicht ohne Grund in vielen Produkten bereits heute nicht mehr enthalten sein darf. Das alte Fieberthermometer ist das bekannteste Beispiel hierfür. Wir haben es EU-weit bereits vor ein paar Jahren verbieten lassen. Es stellt sich daher

EUROPAPARLAMENT



Herbert Reul bei einer der Ausschusssitzungen



Wolfgang Bosbach MdB, Vorsitzender des Innenausschusses

Daher geht es gerade nicht um die Gründung eines Bundes-FBI nach dem amerikanischen Vorbild! Eine Super-Bundespolizei, die immer mehr Kompetenzen an sich zieht, wird nicht vorgeschlagen und ist auch nicht geplant. Die Kompetenzen der Länder und deren Innenminister werden nicht beschnitten, Polizei ist und bleibt Ländersache – das garantiert schon unsere Verfassung. Ebenfalls sind die Ängste der Mitarbeiter vor Stellenstreichungen oder Standortschließungen unbegründet, denn es ist weder Ziel noch Zweck der Reform, Standorte zu schließen oder gar Stellen abzubauen. Es geht nicht um billiger, es geht um besser! Wie die Vorschläge der Kommission konkret umgesetzt werden können, wird im Jahre 2011

im Deutschen Bundestag beraten und schließlich durch ein förmliches Parlamentsgesetz beschlossen werden. Auch hier gilt: Präzision ist wichtiger als Tempo.

KONTAKT:

Deutscher Bundestag, Büro Wolfgang Bosbach MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Ute Scheidt-Wichterich
Tel: 030 - 227-77500, Fax: 030 - 227-76831
wolfgang.bosbach@bundestag.de
www.wobo.de

Wahlkreisbüro

Hauptstr. 164 b, 51465 Bergisch Gladbach
Andrea Weber
Tel: 02202 - 93695-30, Fax: 02202 - 93 27 00
wolfgang.bosbach@wk.bundestag.de

LANDTAG

NRW unter rot-grün noch Sportland Nummer 1?

Sicherlich eine provokante Frage der CDU! Aber mit einer klaren Antwort: Nein! Die Minderheitsregierung in Düsseldorf ist nicht gut für den Sport in NRW.

So lehnten SPD, Grüne und Linke bereits am 1. Dezember 2010 die Fortführung des erfolgreichen Vereinsförderprogramms „1000 mal 1000“ ab. Am 19. Januar 2011 wurde auch die Unterstützung NRWs für die Münchener Olympiabewerbung abgelehnt. Und am 20. Januar 2011 sprachen sich alle drei Koalitions-Fraktionen dann gegen die Einführung von flächendeckenden motorischen Tests in Grundschulen aus.

So sieht keine Sportförderung aus, die NRW langfristig als Sportland Nr. 1 in Deutschland erhält. Da werden fadenscheinige Gründe vorgeschoben, um gute Programme aus der letzten Legislaturperiode abzusägen.

Gerade mit der Unterstützung der Olympiabewerbung Münchens 2018 hätte man ein Zeichen

setzen können. Doch die Ablehnung des Unterstützungsantrags zur Bewerbung von München 2018 durch die rot-grün-linke Mehrheit im Landtag und der rot-grünen Landesregierung aus rein parteipolitischer Ideologie ist ein Skandal! Der Antrag der CDU wollte eine breite Mehrheit des Landtags für die Olympiabewerbung erreichen, nachdem die Grünen alles tun, diese Bewerbung platzen zu lassen. Statt wie bisher üblich für stimmte die SPD lieber gegen Olympia als gegen ihren Koalitionspartner.

Für mich ist klar: Die Olympischen und Paralympischen Winterspiele sind für die Athleten eine einzigartige Herausforderung. Für die Milliarden Menschen, die dieses Sportereignis auf der Welt gebannt verfolgen, ist Olympia aber vor allem ein Symbol der Freundschaft und Völkerverständigung. Von der bayrischen Bewerbung profitieren nicht nur die Menschen der Ausrichterregionen. Wenn sich Deutschland als ein hervorragender, professioneller Ausrichter von



Holger Müller Mdl ist sportpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

internationalen Sportveranstaltungen und als ein weltoffenes und herzliches Gastgeberland präsentiert, ist dies auch ein Gewinn für Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr.1 in Deutschland. Dafür wäre eine gesamtstaatliche Unterstützung erforderlich.

KONTAKT:

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartext-mueller.de
www.facebook.com/holger.mueller.mdl

die Frage, wieso die Kommission dies ignoriert hat. Auch ist es unverständlich, dass Warnhinweise bis heute fehlen. Und warum ist die Herstellung quecksilberhaltiger Lampen überhaupt noch erlaubt, wenn es doch Alternativen gibt?

Übrigens sind Energiesparlampen Sondermüll. Sie einfach im Restmüll zu entsorgen, ist gefährlich und deswegen verboten. Dies beherzigen gerade einmal 20% der Kunden! 4/5 der Lampen landen dagegen im Restmüll. Wo bleibt da eigentlich der Umweltschutz, dem diese Energiesparlampen dienen sollen?

Auch weitere Nachteile vieler Energiesparlampen hat die Kommission offensichtlich

ignoriert, obwohl sie bekannt sind. Das häufige Ein- und Ausschalten verkürzt die Lebensdauer der Energiesparer. So belasten sie am Ende den Geldbeutel oft doppelt - und die Kunden sind enttäuscht, weil sie nicht halten, was sie versprechen! Es kann sogar gefährlich sein, solche Lampen in Treppenhäusern zu verwenden, weil sie eine Weile brauchen, bis sie ihre volle Leuchtstärke erreicht haben. Stolperfallen werden hier schnell übersehen!

Es kann doch nicht sein, dass Gesundheit und Sicherheit der Bürger dem Ziel des Energiesparens untergeordnet werden! Bei so vielen Nachteilen ist die Frage berechtigt, warum die Kommission an ihrem Verbot der Glühbirne

festhält. Mit zahlreichen Fragen habe ich mich deshalb Mitte Januar an sie gewandt.

KONTAKT:

Hauptstr. 164 b
51465 Bergisch Gladbach

Wahlkreisbüro:

Tel. 02202 - 93695-55, Fax-61
h.reul@herbert-reul.de
www.herbert-reul.de

Seriöse Finanzpolitik nur mit der CDU

Kommunen werden um 8,7 Mio. Euro entlastet

Im Gegensatz zu Rot-Grün lassen wir unsere Kommunen nicht im Regen stehen“, so lautet das Motto, dem sich die CDU im Kreistag gemeinsam mit unserem Landrat Rolf Menzel seit dem letzten Jahr verschrieben hat. Seitdem ist der Rheinisch-Bergische Kreis freiwillig in ein Haushaltssicherungskonzept gegangen – eine Maßnahme die ergriffen wurde, um den notleidenden Kommunen bei den finanziellen Auswirkungen der Wirtschaftskrise beiseite springen zu können.

Bereits 2009 zeichnete sich ab, dass die Erträge des Kreises im Folgejahr um ca. 8 Mio. Euro einbrechen würden, bei gleichzeitigem Anwachsen der Sozialerträge (die über 80 Prozent der Gesamtausgaben des Kreises ausmachen). Im Gegensatz zu benachbarten Kreisen hat der Rheinisch-Bergische Kreis jedoch nicht die Stellschraube der Kreisumlage nach oben gedreht, um die prognostizierten Defizite auszugleichen, sondern ist den Weg eines freiwillig auferlegten Haushaltssicherungskonzepts (HSK) gegangen. Mit Hilfe dieses Konzepts ist es dem Kreis möglich, die jährlichen Defizite über bis zu fünf Jahre fortschreiben zu können und die Kreisumlage (die die Haupteinnahmequelle des Kreises darstellt und von den Kommunen zu entrichten ist) so lange wie eben möglich stabil zu halten. Dadurch hat der Kreis die Kommunen im vergangenen Jahr bereits um ca. 2 Mio. Euro konkret entlastet.

Haushaltssicherungskonzept mit strengen Einsparauflagen

Der Regierungspräsident genehmigte das Haushaltssicherungskonzepts jedoch nur unter strengen Einsparauflagen. Auflage ist, dass der Kreis 25 Prozent des jährlichen Haushaltsdefizits einzusparen hat. In der Erwartung, dass Einsparungen in Höhe dieser Zielgröße selbst durch die komplette Streichung aller freiwilligen Leistungen nicht zu erreichen sind, entwickelte der Kreis gemeinsam mit der Bezirksregierung ein Konzept, mit dessen Hilfe eine Genehmigung des HSK auch bei einem geringeren Einsparungsziel erreicht werden kann. Die Haushaltsverbesserungen sollen durch eine grundlegende Produkt- und Leistungskritik erzielt werden, der sich alle Fachbereiche der Kreisverwaltung unterziehen müssen. Die von der Verwaltung ausgearbeitete Liste liegt derzeit den Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatung vor. Die CDU wird versuchen, im Rahmen dieses Prozesses und im Interesse der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen langfristige Einsparungen zu generieren. Damit setzt die Fraktion den er-

folgreichen Kurs sparsamer Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fort.

Zwischenzeitlich erreichten uns zwei zentrale Beschlüsse der rot-grünen Landesregierung, die wesentlichen Einfluss auf den Haushalt des Kreises haben. Aufgrund des Landesverfassungsgerichtsurteils vom 26.05.2010 musste die Landesregierung den Berechnungsschlüssel zur Unterstützung der Kommunen im Bereich der Auszahlung des Wohngeldes für Hartz 4-Emp-

liden Arbeit unserer Kreisverwaltung ergeben sich jedoch nach neuesten Berechnungen des abgeschlossenen Rechnungsjahres 2010, dass das bisher prognostizierte Defizit des Kreishaushaltes ausgeglichen werden konnte, sodass kein Fehlbetrag in das neue Rechnungsjahr übertragen werden muss. Daher beschließt die CDU-Kreistagsfraktion die Wohngeldnachzahlung zur kompletten Entschuldung des Kreises (Tilgung der 17,1 Mio. Euro Altkredite am Kapitalmarkt) zu verwenden. Damit entfallen für den Kreis in den nächsten Jahren jährlich ca. 1,1 Mio. Euro an Zinszahlungen (bis zum Tilgungsziel 6,4 Mio. Euro). Die verbleibenden Zuweisungen aus der Wohngelderstattung in Höhe von 8,7 Mio. Euro wollen die CDU-Kreistagsfraktion und Landrat Rolf Menzel anteilmäßig in Form einer Einmalzahlung an die Kommunen weitergeben. Gemeinsam mit der FDP und allen anderen finanzpolitisch verantwortlich handelnden Fraktionen werden wir dies im Kreistag durchsetzen!

8,7 Mio. € für Kommunen

Damit zeigt sich wieder einmal: Eine CDU geführte Politik vermag es nicht nur, die Kommunen des Kreises konkret zu entlasten, sondern schafft es auch noch, den Kreis zugunsten unserer Kinder zu entschulden. Unser Kreis ist eine Gemeinschaft von Kreis und Kommunen, es gibt keine Alleingänge zulasten der Kommunen. Damit steht fest: Im Gegensatz zur Landesregierung haben wir unsere Hausaufgaben erledigt! Die Rot-Grüne Landesregierung hingegen benachteiligt in gewohnter Manier einseitig den ländlichen Raum, weist neue soziale Wohltaten aus und treibt den Landeshaushalt in die Überschuldung.



Holger Müller MdL
ist Kreistagsabgeordneter aus Rösrath und Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Kommune	2011 bisher	2011 neu	%ual
Bergisch Gladbach	29.382.223	27.914.063	- 5,0%
Burscheid	4.821.518	4.689.682	-2,7 %
Kürten	5.433.697	4.406.851	-18,9 %
Leichlingen	7.000.512	5.736.014	-18,1 %
Odenthal	2.957.090	1.757.405	-40,6 %
Overath	6.859.741	6.103.221	-11,0 %
Rösrath	6.747.787	5.636.259	-16,5 %
Wermelskirchen	2.084.942	2.084.942	0,0 %
Kreisverwaltung	20.093.735	21.840.550	8,7 %
RBK gesamt	84.631.214	80.170.998	-5,3 %

Veränderung der Schlüsselzuweisung des Kreises an die Kommunen durch die Rot-Grüne Regierung in Düsseldorf.

fänger neu gestalten. Für die Benachteiligung in den zurückliegenden Jahren von 2007 bis 2009 wird dem Kreis ein Nachteilsausgleich in Höhe von rund 25,8 Mio. Euro gewährt.

Landesregierung kappt Schlüsselzuweisungen

Neben dieser durch den Gesetzgeber vorgeschriebenen Maßnahme hat die Landesregierung allerdings zum krassen Nachteil der ländlichen Kommunen (auch des Rheinisch-Bergischen Kreises) den Berechnungsschlüssel des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) verändert. Aufgrund dieser Neuberechnung erhalten die Kommunen des Kreises im Jahr 2011 6,9 Mio. Euro weniger an Schlüsselzuweisungen. Im Wesentlichen ist diese Änderung eine Besserstellung der Städte vor allem im Ruhrgebiet! Aufgrund der sowieso schon bis zum Äußersten angespannten Finanzlage der Kommunen im Kreis wirkt sich diese Maßnahme der Landesregierung fatal aus. Lediglich der Kreishaushalt erhält höhere Schlüsselzuweisungen in Höhe von 2,6 Mio. Euro, die zur Verbesserung des Rechnungsergebnisses verwendet werden sollen.

Entschuldung des Kreises beschlossen!

Dank der Wohngeldentlastung und der so-

IMPRESSUM



CDU

Herausgeber CDU-Kreistagsfraktion
Rheinisch-Bergischer Kreis
Holger Müller MdL
Fraktionsvorsitzender

Redaktion Johannes Dünner
Stellv. Fraktionsvorsitzender
und Pressesprecher

Geschäftsstelle Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Tel. 02202-132328
Fax 02202-132244
cdu@rbk-online.de

Bürozeiten Dienstag, 9:00 – 17:00 Uhr
Donnerstag, 9:00 – 12:00 Uhr

Gerhard Braun blickt auf ein langes politisches Leben zurück, das 1945 auf der Gründungsversammlung der Wermelskirchener CDU beginnt. Wie ein roter Faden zieht sich die Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik durch das kommunal- wie bundespolitische Wirken des heute 87-jährigen, der auch nach seinem Rückzug als hauptamtlicher Politiker im Jahr 1987 für seine Geburtsstadt aktiv ist.

„Tu‘ um Gottes Willen etwas Tapferes!“

INTERVIEW MIT GERHARD BRAUN

Herr Braun, in welchem politischen Amt haben Sie sich am wohlsten gefühlt und am meisten erreicht?

Kurz nach dem Mauerfall 1989 reiste ich in meiner damaligen Funktion als Bundesvorsitzender der Senioren-Union in die Neuen Bundesländer, um die Umsetzung des Heim- und Pflegegesetzes zu unterstützen, an dessen Erarbeitung ich im Bundestag mitgewirkt hatte. Das war für mich eine sehr befriedigende Arbeit.

Welches sollten, Ihrer Meinung nach, die Kerntugenden eines CDU-Politikers sein?

Grundsatzfähigkeit, Treue, Fleiß und Bescheidenheit.

Gibt es ein politisches Erlebnis, das Sie besonders tief berührt hat?

Auf einer großen Seniorenversammlung in Dresden im Februar 1990 – ich unterstützte damals die Vorbereitungen der Ost-CDU für die 1. freie Volksammerwahl – sprachen ein

sondern mein ganzes Leben geprägt.

Was hat sich, aus Ihrer Sicht, in den letzten 60 Jahren in der CDU grundlegend verändert?

Einiges, beispielsweise gehörten Ehe und Familie für die CDU seit jeher zum Fundament der gesellschaftlichen Ordnung. Wie es darum in unserer Gesellschaft bestellt ist, muss ich nicht weiter ausführen. Auch die repräsentative Demokratie als Bestandteil der Verfassung, mit welcher der Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg gelang, wird attackiert. Denken Sie an Stuttgart 21. Ebenfalls sehe ich Veränderungen in der Kommunalpolitik. Bürgernähe war der CDU immer sehr wichtig und wurde gefördert. Heute beobachte ich, dass Nachwuchspolitiker nach einigen Jahren ihr Amt enttäuscht niederlegen, weil es nichts „bringt“.

Die Volksparteien haben Nachwuchsprobleme. Warum ist das so?

Der Jugend fehlen Vorbilder und konkrete Aufgaben. In den Familien wird zu wenig diskutiert. Die Bürokratisierung unserer Gesellschaft erschwert politisches Engagement und die alles beherrschenden Medien versperren oft den Blick für Inhalte und bieten keinen Politikersatz.

Sie haben in den letzten 20 Jahren mehr als 15 Bände zur Wermelskirchener Stadtgeschichte und -politik veröffentlicht. Warum tun Sie das?

Mir liegt die Dokumentation geschichtlicher und politischer Ereignisse in Wermelskirchen am Herzen. Ich finde es wichtig, dass Geschichte für nachkommende Generationen nachvollziehbar bleibt.

Mit Gerhard Braun sprach Birgit Bischoff.



zur Person:

28.12.1923	geboren in Wermelskirchen
1948	Heirat, 2 Kinder
1945-1947	kaufmännischer Angestellter
1947-1955	Landessekretär der JU Rheinland
1956-1957	kaufmännischer Angestellter
1957-1960	stv. Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland
1961-1966	Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland
1966-1978	Verlagsgeschäftsführer
1945	Gründungsmitglied der CDU Wermelskirchen
1961-1989	Ratsmitglied in Wermelskirchen
1979-1986	Bundesschatzmeister der KPV Deutschlands
1983	Bundesverdienstkreuz 1. Klasse
1985-1988	Seniorenbeauftragter der CDU Deutschlands
1972-1987	Bundestagsabgeordneter
1989	großes Bundesverdienstkreuz
1988-1990	Gründungs- und Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands
1987-2010	zahlreiche Veröffentlichung zur Wermelskirchener Stadtgeschichte und -politik, darunter zwei Familiengeschichten

Der Jugend fehlen Vorbilder und konkrete Aufgaben. In den Familien wird zu wenig diskutiert.

18-jähriger Kandidat und ich. Der Altersunterschied und unsere so verschiedenen Reden ließen mich durchaus schmerzlich spüren, dass die 40jährige Trennung von Ost- und Westdeutschland zwei Welten hatte entstehen lassen.

Wie gelang Ihnen der Spagat zwischen Politik und Familie?

Meine damalige Freundin, mit der ich mittlerweile seit 62 Jahren verheiratet bin, gab mir ein Zitat des Züricher Reformators Huldrych Zwingli mit auf den Weg: „Du bist Gottes Werkzeug. Er verlangt Deinen Dienst, nicht Deine Ruhe. Tu‘ um Gottes Willen etwas Tapferes.“ Dieser Ausspruch hat nicht nur die Aufgabenaufteilung in unserer Ehe geregelt,

LESERBRIEF

„Trete niemals in eine Partei ein!“

Den lieb gemeinten Warnungen meiner Eltern und Großeltern: „Trete niemals in eine Partei ein!“ bin ich nicht gefolgt, wenn diese auch noch lange nachgewirkt haben mögen. Seit einigen Monaten bin ich Mitglied in einer Partei – der CDU. Die Chipkarte, auf der meine Mitgliedsnummer steht, war eine Enttäuschung. Gibt es denn kein richtiges Parteibuch mehr mit Grundsätzen und Klebmarken? Die Zeiten entwickeln sich weiter in Richtung Rationalisierung. Immerhin versöhnt das überaus gelungene Konterfei von Konrad Adenauer, das Oskar Kokoschka vom „Altkanzler“ gemalt hat. Ein Trost, dass die Gründerfigur unserer Republik auch heute noch ein Bekenntnis wert ist. Mein eigenes Bekenntnis als neues Parteimitglied fällt da viel bescheidener aus. Es hat etwas mit den bürgerlichen Tugenden zu tun. Vorschnell totgeredet mit dem Begriff „Sekundärtugenden“, geht es doch um die Wahrung eines persönlichen Raumes von Freiheit und Unabhängigkeit und gleichzeitig um die verantwortete gesellschaftliche Dimension unseres Handelns. Hier gibt die CDU in ihrem Grundsatzprogramm überzeugende Antworten, weil sie den Einzelnen nicht aus seiner Verantwortung im Namen der Allmacht des Staates entlässt. Der Ortsverein, dem ich angehöre, ist da allerdings viel irdischer. Hier geht es um ganz konkrete Probleme und Aufgaben. Ich bewundere die Sachkompetenz, mit der konkrete Angelegenheiten von Bürgern diskutiert und entschieden werden. Aber – wir sind aber auch eine Partei mit Ecken und Kanten – und Profil. Auch die politischen Fragen, die ein Großteil unserer Gesellschaft beschäftigen und von denen wir alle betroffen sind, ob die Frage des technischen Fortschritts, Menschenbild und Bildung, Grundlagen unserer christlichen Kultur, die Verteidigung von Demokratie und Freiheit gegenüber selbsternannten Runden Tischen interessieren die Menschen, allemal die, die sich für uns entscheiden, die Antworten darauf sind Teil unserer unverwechselbaren politischen Identität als CDU. Ein Schreiben der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis begrüßt uns neu eingetretene Mitglieder freundlich mit den Worten: „Wir brauchen Sie, denn Ihr Engagement kann viel bewegen.“ Ein guter Satz, der Hoffnung macht.

Peter Krüger-Wensierski, Odenthal

Gerne druckt CDUinform auch Ihre „Geschichte“ oder schlicht Ihre „Meinung“ in Form eines Leserbriefes ab. Einfach per Post (CDUinform, Hauptstr. 164b, 51465 Bergisch Gladbach), Fax (0 22 02-9 36 95-22) oder email (cduinform@cdu-rbk.de) senden. CDUinform behält sich den Abdruck und/oder die Kürzung vor.

CDU WERMELSKIRCHEN

Große Einigkeit bei der Resolution über die Zukunft der Polizeiwache

Dies ist die beste und realistischste Variante für unsere Stadt“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Schmitz. Am 13. Dezember 2010 verabschiedeten die Fraktionen von CDU, SPD und WNK UWG alternativ zum Vorschlag des Bürgerforum, der FDP und Teilen der Grünen, eine Resolution zur Polizeiwache, die einen Neubau auf Wermelskirchener Stadtgebiet entlang der B51 zwischen Tente und der Stadtgrenze sowie eine zusätzliche Anlaufstelle in der Stadtmitte fordert. Die Verlegung der Polizeiwache wird bedauert, doch nach Darstellungen des Landrats ist es nicht möglich, die Polizeiwache an der Telegrafienstraße zu erhalten. Schmitz erklärte: „Der Vorschlag der anderen Fraktionen ist nicht wirklichkeitsnah. Politik ist keine abstrakte Trümmerei.“ Alleine der Umbau der Polizeiwache in der Telegrafienstraße würde die Stadt um die 800.000 Euro kosten. Diese Aufwendungen, die die Stadt aufzubringen hat, sind aus Mieteinnahmen in absehbarer Zeit nicht wieder einzunehmen, stellte Volker Schmitz in der Ratssitzung fest. VS/LH

HOLGER MÜLLER

Familienpfleger für einen Tag

Viele Abgeordnete wissen um aktuelle soziale Probleme und Herausforderungen. Mit dem „Sozialtag für den Landtag“ wollte die Caritas im Erzbistum die Landtagsabgeordneten auch emotional über die Berührung und Begegnung mit armen und ausgegrenzten Menschen und den direkten Austausch mit haupt- und ehrenamtlich Engagierten für Caritas-Anliegen sensibilisieren.

Der Herausforderung hat sich auch Holger Müller gestellt. Als Familienpfleger konnte er sich beim „Sozialtag“ ein Bild über die Realität einer sozialen Einrichtung und Problemfeldern von Familien seines Wahlkreises vertraut machen und durch praktische Mithilfe und Gespräche die sozialen Probleme und die soziale Arbeit aus einer neuen Perspektive kennenlernen. Wichtig war der Caritas RheinBerg, dass die Einsatzmöglichkeiten für den „Sozialtag für den Landtag“ so ausgewählt wurden, dass sie tatsächlich in kurzer Zeit einen lebensnahen Einblick in den vielfältigen Caritasalltag boten. Somit war aus Sicht der Caritas RheinBerg die Begleitung der Familienpflegerin Daniela Rehbach ein idealer Lern- und Erfahrungsor.



Holger Müller und Caritas-Familienpflegerin Daniela Rehbach machen sich auf den Weg in einer Familie.

bach ein idealer Lern- und Erfahrungsor.

Zum Abschluss des Sozialtages zogen Holger Müller und Kreiscaritasdirektor Hans-Peter Bolz gemeinsam ihr Fazit. Müller bedankte sich bei der Caritas für das Engagement in diesem wichtigen Feld der Familienhilfe und für die Möglichkeit, dieses Angebot einmal hautnah kennenzulernen. Für Kinder und deren Familien sei seiner Meinung nach das Angebot sehr wirkungsvoll und als Baustein der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch der Gesundheitshilfe, unverzichtbar. Text: Caritas/LH

JU BERGISCH GLADBACH

525 € für Kein Kind ohne Mahlzeit

Die stolze Summe von 525 € hat die JU mit ihrer Teilnahme am „Bensberger Bank Martinlauf“ am 07.11.2010 erlaufen und das Geld dem Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gespendet.



v.l.n.r.: Julian Vielhauer, Martin Lucke, Martin Stamm, Lutz Urbach, David Zenz, Schila Khosravi, Diego Faßnacht

det. Bürgermeister Lutz Urbach nahm den Scheck dankbar entgegen.

„Durch die gesammelten Spenden können wir einen Teil des städtischen Zuschusses ersetzen und so die Landesförderung sichern“, freut sich JU-Vorsitzender Diego Faßnacht. In Zeiten des Nothaushaltes darf die Stadt Bergisch Gladbach diesen Zuschuss nicht bezahlen.

Die Summe ist mehrheitlich von den Mitgliedern der Bergisch Gladbacher CDU-Ratsfraktion gespendet worden. Auch 2011 will die JU wieder für „Kein Kind ohne Mahlzeit“ laufen. DF/LH

CDU BERGISCH GLADBACH

Große Zustimmung für Thomas Hartmann und den neu gewählten Vorstand

Über 100 Mitglieder waren am 19. Januar 2011 der Einladung des Stadtverbandsvorstandes in die Refrather Steinbreche gefolgt und zur Mitgliederversammlung der CDU Bergisch Gladbach gekommen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die turnusgemäße Neuwahl des Stadtverbandsvorstandes.

Eine positive Bilanz zog Parteichef Thomas Hartmann in seiner Rede über die vergangenen zwei Jahre. Daher wunderte es auch nicht, dass er von den Mitgliedern mit über 97% der Stimmen wiedergewählt wurde.

In seiner Rede blickte er vor allem auf die vergangene Kommunalwahl zurück, die für die CDU sehr positiv verlaufen war. Aber er sparte auch kritische Punkte nicht aus, wie die verbesserungsfähige Kommunikation politischer Entscheidungen zu den Bürgern hin, die er als eine der großen Aufgaben für den neuen Vorstand sieht.

Nach dem Bericht des Schatzmeisters Udo Kellmann, der die Finanzen der Stadtpartei für 2009 und 2010 präsentierte und mit einem positiven Fazit und Zukunftsaussblick schloss, wurde unter der souveränen Sitzungsleitung von Bürgermeister Lutz Urbach gewählt.

101 von 105 Mitglieder votierten für den 28-jährigen Marketingleiter Thomas Hartmann, der den Stadtverband seit 2004 führt. Weiterhin als Stellvertreter fungiert Manfred Scheibel aus Schildgen, zur neuen Stellvertreterin wählten die Mitglieder die Bensberger Ratsfrau Birgit Bischoff.

Auch bei der Position des Schatzmeisters gab



v.l.n.r.: Faßnacht, Wilhelm, Casper, Metten, Lehnert, Bischoff, Knapp, Schillings, Maas, Hartmann, Scheibel, Kellmann, Urbach

es keine Überraschung. Einstimmig verlängerten die Mitglieder Udo Kellmanns Mandat. In der Schriftführung gab es eine Veränderung. Frank Wilhelm stand aus beruflichen Gründen (er ist seit Herbst 2010 Fachbereichsleiter der Stadt Bergisch Gladbach) nicht mehr zur Verfügung und wird zukünftig als Beisitzer arbeiten. Das Protokoll wird ab sofort Claudia Casper schreiben, die wie Diego Faßnacht und Dr. Oliver Schillings als Beisitzer neu im Vorstand sind. Gisela Knapp, Elke Lehnert, Karl-Adolf Maas und Dr. Michael Metten sind auch weiterhin Beisitzer.

Ausdrücklichen Dank für die langjährige Arbeit sprach Thomas Hartmann zum Schluss noch den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern aus: Kirsten Behr-Heyder, Ingeborg Schmal, Norbert Ingelmann und Ludger Reuber. **LH**

VORSTANDSWAHL:

CDU Stadtverband Bergisch Gladbach (Wahl am 19.01.2011)

Vorsitzender	Thomas Hartmann
Stv. Vorsitzender	Manfred Scheibel
Stv. Vorsitzende	Birgit Bischoff
Schatzmeister	Udo Kellmann
Schriftführerin	Claudia Casper
Beisitzer/innen	Diego Faßnacht Gisela Knapp Elke Lehnert Karl-Adolf Maas Dr. Michael Metten Dr. Oliver Schillings Frank Wilhelm

CDU LEICHLINGEN

Karl-Josef Laumann zu Gast in der Blütenstadt

Zu ihrem Neujahrsempfang konnte die CDU Leichlingen den Oppositionsführer der CDU im Düsseldorf Landtag, den Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Laumann, begrüßen. Im Beisein des Europaabgeordneten Herbert Reul, des CDU-Kreisvorsitzenden Rainer Deppe sowie des Vorsitzenden der CDU im Leichlinger Stadt-

rat, Frank Hake, übernahm der stellvertretende Parteivorsitzende Dominique Rondé die ehrenvolle Aufgabe, die erschienenen CDU-Mitglieder und Vertreter der Leichlinger Vereine im vollen Saal von Schloß Eicherhof zu begrüßen.

Noch unter dem Eindruck der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtshofes an die

Adresse der grün-roten Landesregierung, vor der Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Nachtragshaushalts 2010, keine neuen Kredite aufnehmen zu dürfen, sparte Laumann in seiner Rede nicht an Kritik an der Schuldenpolitik von SPD und Grünen. „Es ist unanständig, ständig auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu leben.“, so Laumann.

In der Schulpolitik formulierte er einen weiteren Vorsatz für 2011: Die Debatte über Schulsysteme müsse beendet werden, die Inhalte sollten endlich im Vordergrund stehen. Kinder aus Einwandererfamilien bräuchten mehr Unterstützung, ebenso Schüler mit sozialen Problemen. Neben „starken Gymnasien“ müsse es aber auch eine Schulform geben, „die sich der Ausbildungsfähigkeit der Kinder verschrieben hat“. Bei dieser Forderung weiß Laumann die Leichlinger CDU an seiner Seite. **TF**



v.l.n.r.: Rondé, Deppe, Reul, Laumann, Schiefer, Hake

CDU RÖSRATH

Lutz Lienenkämpfer zu Gast beim Neujahrsempfang

Eigentlich war der Politikwissenschaftlicher Prof. Gerd Langguth beim traditionellen Neujahrsempfang der Rösrather CDU angekündigt. Der fiel kurzfristig gesundheitlich bedingt aus und so sagte der ehemalige Landesverkehrsminister Lutz Lienenkämpfer aus Neuss spontan als Ersatz zu. Eine gute Entscheidung, denn im vollbesetzten Bürgerforum in Hoffnungsthal waren über 200 Gäste aus Politik, Unternehmen, Vereinen und Bürgerschaft gekommen, um den einzigen Neujahrsempfang in Rösrath zu erleben. Auch politisch kam alles, was Rang und Namen hat. So konnten die Gastgeber, Parteivorsitzender Uwe Pakendorf und Fraktionsvorsitzender Erhard Füsser vom Hausherrn, dem Bürgermeister Marcus Mombauer, über Landrat Rolf Menzel, den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach bis zu seinem Landtagspendant Holger Müller begrüßen. Nach den obligatorischen Grußworten kam Lutz

Lienenkämpfer zu Wort. Wer den ehemaligen Minister und heutigen Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion kennt, der weiß, dass es spannend wurde. Sehr hautnah schilderte er die aktuelle Landespolitik in Düsseldorf.

So verwundert es auch nicht, dass sich beim anschließenden Imbiss viele gute Gespräche entwickelten. Die CDU ist in Rösrath vor Ort verwurzelt, merkte Lutz Lienenkämpfer. **LH**



v.l.n.r.: Müller, Bosbach, Menzel, Lienenkämpfer, Pakendorf, Mombauer, Füsser, Büscher

VORSTANDSWAHLEN

CDU Ortsverband Schildgen/Katterbach
 (Wahl vom 03.02.2011)

Vorsitzender: Wolfgang Göbels
 Stellvertreter: Harald Henkel
 Roswitha Lawrenz
 Schriftführer: Dr. Norbert Majer
 Beisitzer: Norbert Becker
 Diego Faßnacht
 Harald Gasser
 Manfred Klein (N)
 Bernd de Lamboy (N)
 Karl Gerhard Stappert

JU Wermelskirchen

(Wahl vom 26.01.2011)

Vorsitzender: Ilja Sinner
 Stellvertreter: Christian Klicki
 Geschäftsführer: Nico Möller
 Kassierer: Andreas Kopyto
 Schriftführerin: Carolin Schulz
 Beisitzer: Oliver Socha
 Gereon Stock
 Robin Bornefeld
 Stefan Hackländer

JU WERMELSKIRCHEN

**Erradelt 2500 €
für Lichtblicke**


v.l.n.r.: Sinner, Klicki, Hackländer

Teamgeist verhalf der JU Wermelskirchen zu Höchstleistungen beim Indoor-Cycling Marathon im Bürgerzentrum. Zwölf stundenlang sind Ilja Sinner, Stefan Hackländer, Christian Klicki und Robin Bornefeld abwechselnd auf einem Ergometer für den guten Zweck geradelt. Mit Hilfe örtlicher Sponsoren konnte man 2.500 Euro für die Aktion Lichtblicke sammeln. „Für diese gute Tat bin ich gerne an meine körperliche Leistungsgrenze gegangen“, urteilte der Vorsitzende Ilja Sinner nach insgesamt drei Stunden Fahrtzeit. **IS/LH**

IN EIGENER SACHE:

Nachdem 2010 - dem Wahlkampf und der Regierungsbildung in NRW geschuldet, nur drei der sechs geplanten CDUinform-Ausgaben erschienen sind, hat der CDU-Kreisvorstand jetzt neue Erscheinungsintervalle beschlossen. Ab 2011 gibt es vier Ausgaben pro Jahr. **Redaktionsschluss** ist in diesem Jahr der **15.4.**, der **19.8.** und der **21.11.2011**. Jeweils drei Wochen später ist die Zeitung druckfrisch im Briefkasten. Neue Autoren sind gerne gesehen: cduinform@cdurbk.de oder 0 22 02-9 36 95-56 (T. Frank).

SEN BURSCHEID

**Stadtgespräche sind eine Marke!
WoBo gratulierte zum 100. !**

Zu einem besonderen Jubiläum kamen am 10. November über 80 Mitglieder der Burscheider Senioren-Union zusammen: Das 100. Stadtgespräch fand bei Kaffee und Kuchen im Hotel Schützenburg statt. Festlaudator war niemand geringeres als Bundestagsabgeordneter Wolfgang Bosbach, der zur aktuellen Regierungspolitik in Berlin sprach. Die politische Reise durch die Welt der Sicherheits-, Energie-, Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik war ein interessanter und wie gewohnt kurzweiliger Blick hinter die Berliner Kulissen.

Vorher hatten schon eine Reihe prominenter Gäste zum Jubiläum gratuliert: Bürgermeister Stefan Caplan, der Bezirksvorsitzende der Senioren-Union Rudolf Preuß und die Burscheider CDU-Vorsitzende Erika Gewehr hatten es sich

nicht nehmen lassen, zu kommen.

Bei 100 Stadtgesprächen konnte Heinz Wilgenbusch schließlich auch von einer Erfolgsgeschichte für die Burscheider Senioren-Union sprechen, das zum Markenzeichen geworden ist.



Auf den vorherigen 99 Stadtgesprächen waren seit der Gründung im Jahr 2001 mehr als 3.800 Teilnehmer gewesen, im Schnitt 39 pro Termin. Die Gesprächsreihe ist somit ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Senioren-Union Burscheid. Sie finden in der Regel am 3. Mittwoch im Monat in Burscheid oder Hilgen statt. Neben den 70 Mitgliedern der Senioren-Union sind auch interessierte ältere Mitbürger eingeladen. **HW/LH**

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Unser letztes Kreisparteirätsel aus der Dezember-Ausgabe 2010 wurde von 67 Teilnehmern erfolgreich gelöst. Das Lösungswort hieß „Beteiligung“. Die CDUinform freut sich über dieses rege Interesse. Aus den Teilnehmern wurden zwei Gewinner ausgelost. Den Bildband über das Lebenswerk unsers Alt-Bundeskanzlers haben gewonnen:

Maurice Winter, Dr. Christa Banaschick

RÄTSELN UND GEWINNEN: DAS KREISPARTEIRÄTSEL

Ihr Gewinn:

CDUinform verlost unter allen Teilnehmern, die das Lösungswort richtig gelöst haben, drei Exemplare des neuen Buches von Roland Koch „Konservativ: Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen“.

Das Lösungswort senden Sie bis zum **15. April 2011** entweder per E-Mail an: kreisraetsel@cdurbk.de, per Post an das CDU-Center, Gewinnspiel, Hauptstr. 164b, 51465 Bergisch Gladbach oder per Fax an 0 22 02 - 9 3 6 95 22.



Lösungswort:

1 2 3 4 5 6 7 8

Waagrecht:

3 KAS-Stipedinat aus dem RBK 5 unterird. Abfluss d. Donau/Immendingen 6 Schriftstück 7 Ministerpräsident von Baden-Württemberg 10 Ministerpräsidentin von Thüringen 12 Hauptstadt von Korsika 13 Steppengras 14 Vors. der JU Wermelskirchen 16 Amt. Bundespräsident 17 linker Nebenfluss des Po/Italien 19 englisch: Alter 22 Zeichen für Silber 23 Bundesbildungsministerin 24 Aufgeld 25 BM der Gemeinde Kürten 26 Frühlingsblumen

Senkrecht:

1 Adler 2 Ausruf des Erstaunens 4 Unwort des Jahres 2010 6 Abkürzung für Abbildung 7 dt. Olympia-Berberstadt für 2018 8 Gast des FPA am 28.02.2011 9 Gast des 31. Pol. Aschermittwochs 11 ehem. türk. Titel für Offiziere u. Beamte 15 Abkürzung f. Adresse 18 büschelart. opfshcm. aus Reiherfedern u.ä. 19 Blutarmut 20 Doppelkontinent durch Landbrücke verbunden 21 Landtagsfraktionsvorsitzender

Anzeige

QB

Quack • Bloßfeld

Steuerberatungskanzlei

Diplom-Betriebswirt (BA)

Dietrich Quack

Steuerberater

Diplom-Juristin

Yvonne Bloßfeld

Steuerberaterin

Alte Wipperfurther Str. 258

51467 Bergisch Gladbach

Telefon 022 02 / 957 947

Telefax 022 02 / 957 949

info@quack-blossfeld.de

www.quack-blossfeld.de

Bürozeiten: Mo. - Fr. 8.00 - 13.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Treffpunkt im Herzen der Stadt



**Bürgerhaus
Bergischer Löwe**

- * Schauspiel & Komödie
- * Oper & Konzert
- * Kindertheater & Musicals
- * Märkte & Messen
- * Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket und Eventim

Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di - Fr 10 - 18 Uhr / Sa 10 - 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 info@bergischerloewe.de

www.bergischerloewe.de

... die neue
CDUinform

Hier könnte
Ihre Anzeige
stehen

ab 45,- €

INFOS:

Thomas Frank

Tel. 02202-936-95-0

E-Mail t.frank@cdurbk.de

DIE GANZE WELT DES WOHNENS!

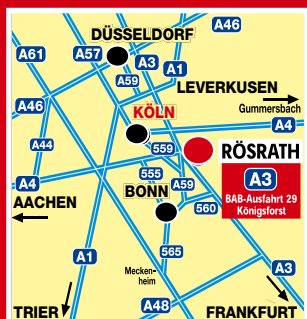
www.hoeffner-roesrather.de



1) Das Unternehmen Höffner wurde 2009 vom DISQ geprüft und als bestes Möbelhaus ausgezeichnet. Mehr Informationen unter www.hoeffner-roesrather.de oder www.disq.de.



Höffner Möbelzentrum GmbH & Co. KG | Auf der Grefenfurh 5 | Am Königsforst | 51503 Rösrath | Telefon: 02205 - 73-0 | www.hoeffner-roesrather.de | Öffnungszeiten: Mo. - Sa. von 10 bis 20 Uhr



Höffner®



Rösrather Möbelzentrum

Wo Wohnen wenig kostet!